

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Wandel des Politischen?

*Reinhard Wolf*  
DIE SELBSTGEFÄLLIGKEIT  
DER INTELLIGENZ IM ZEITALTER  
DES POPULISMUS

*Oliver Marchart*  
LIBERALER ANTIPOPULISMUS.  
EIN AUSDRUCK  
VON POSTPOLITIK

*Thorsten Faas · Jürgen Maier ·  
Michaela Maier · Simon Richter*  
POPULISMUS IN ECHTZEIT.  
ANALYSE DES TV-DUELLS  
UND DES TV-FÜNFKAMPFS  
IM VORFELD  
DER BUNDESTAGSWAHL 2017

*Paula Diehl*  
ANTIPOLITIK  
UND POSTMODERNE  
RINGKAMPF-UNTERHALTUNG

*Gary S. Schaal · Dannica Fleuß ·  
Sebastian Dumm*  
DIE WAHRHEIT  
ÜBER POSTFAKTIZITÄT

*Michael Krennerich*  
MEHR ALS IMITATION.  
AUCH AUTOKRATEN  
LASSEN WÄHLEN

## APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Wandel des Politischen?

## APuZ 44–45/2017

**REINHARD WOLF**

**DIE SELBSTGEFÄLLIGKEIT DER INTELLIGENZ  
IM ZEITALTER DES POPULISMUS**

In einer immer komplexeren Welt, in der das Internet ideologische „Echokammern“ erzeugt, braucht Demokratie eine offenere Diskussionskultur. Gerade die besser Gebildeten müssen künftig mehr tun, um politischem Tribalismus vorzubeugen.

**Seite 04–10**

**OLIVER MARCHART**

**LIBERALER ANTIPOPULISMUS.  
EIN AUSDRUCK VON POSTPOLITIK**

Populismus wird von Politikern wie Öffentlichkeit gleichermaßen als Bedrohungsszenario gesehen. Dabei bedient sich liberaler Antipopulismus nicht selten ebenfalls populistischer Muster und kann damit mindestens so gefährlich werden wie Populismus selbst.

**Seite 11–16**

**THORSTEN FAAS · JÜRGEN MAIER ·  
MICHAELA MAIER · SIMON RICHTER**  
**POPULISMUS IN ECHTZEIT. ANALYSE  
DES TV-DUELLS UND DES TV-FÜNFKAMPFS  
IM VORFELD DER BUNDESTAGSWAHL 2017**  
Am Beispiel des TV-Duells und des TV-Fünfkampfs aus dem Bundestagswahlkampf 2017 wird in diesem Beitrag untersucht, wie hoch der Anteil populistischer Aussagen in den beiden Diskussionsrunden war und wie das Publikum darauf reagierte.

**Seite 17–24**

**PAULA DIEHL**

**ANTIPOLITIK UND POSTMODERNE  
RINGKAMPF-UNTERHALTUNG**

Donald Trumps Tweets verschieben die Grenzen zwischen Politik und Entertainment, Privatem und Öffentlichem sowie Realität und Fiktion. Sie sind antipolitisch, und sie sind unterhaltsam. Was verrät ein solches Phänomen über die heutige politische Kultur?

**Seite 25–30**

**GARY S. SCHAAL · DANNICA FLEUß ·  
SEBASTIAN DUMM**

**DIE WAHRHEIT ÜBER POSTFAKTIZITÄT**

Politik als „postfaktisch“ zu bezeichnen, war im vergangenen Jahr diskursiv überaus erfolgreich. Worin liegt der Erfolg begründet? Und warum wird öffentlich meist ein thematisch „einheitlicher“ Diskurs unterstellt, wenn er sehr heterogene Themen verbindet?

**Seite 31–38**

**MICHAEL KRENNERICH**

**MEHR ALS IMITATION.  
AUCH AUTOKRATEN LASSEN WÄHLEN**

Nicht nur in Demokratien wird gewählt, sondern auch in Autokratien. Wahlen lassen sich in dortige Herrschaftspraktiken einbinden und können Bestandteil einer Mischung aus Legitimation, Kooptation und Unterdrückung sein.

**Seite 39–44**

# EDITORIAL

Die Art und Weise, wie Politik gemacht und über Politik geredet wird, scheint gegenwärtig im Umbruch. In mitunter aufgeregten Debatten wird versucht, innenpolitische Entwicklungen wie den Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ und eine allgemeine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, wie auch außenpolitische Ereignisse wie die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten oder das Vorgehen der Präsidenten Putin in Russland und Erdoğan in der Türkei zu benennen und dadurch fassbar und erklärbar zu machen.

Im öffentlichen wie auch im wissenschaftlichen Diskurs tauchen dabei vermehrt Begriffe wie „Antipolitik“, „illiberale Demokratie“ oder „Antipopulismus“ auf. Der Vorwurf des Populismus etwa wurde im jüngsten Bundestagswahlkampf fast schon inflationär gebraucht, um scheinbar beliebig politische Gegner zu diskreditieren – fraglich bleibt jedoch, in welchem Umfang tatsächlich populistische Aussagen verwendet wurden und ob sie sich für die Parteien überhaupt als hilfreich erwiesen. Auch „postfaktisch“ dürfte im deutschen Sprachraum weder als Begriff noch als Phänomen weithin bekannt gewesen sein, bevor es herangezogen wurde, um den Umgang Trumps und anderer mit Fakten zu beschreiben.

Vermögen es diese Begriffe – die letztendlich Diagnosen sind –, trennscharf und analytisch genau die Verhältnisse wiederzugeben? Was bedeuten die skizzierten Entwicklungen für die Demokratie und unser gesellschaftliches Zusammenleben, und welche Rolle spielen dabei die Medien? Haben wir es mit neuen Phänomenen zu tun, oder mit alten Sachverhalten in neuem Gewand? Und können diese Phänomene als ein Ganzes als „Wandel des Politischen“ zusammengefasst werden?

*Christina Lotter*

# DIE SELBSTGEFÄLLIGKEIT DER INTELLIGENZ IM ZEITALTER DES POPULISMUS

## Plädoyer für mehr Lernbereitschaft in der Demokratie

*Reinhard Wolf*

Spätestens die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hat bei vielen Zweifel daran geweckt, dass die liberale Demokratie auf Dauer konkurrenzlos ist. In jüngerer Zeit sind Populisten in vielen entwickelten Demokratien auf dem Vormarsch. Bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich 2016 erhielt der Kandidat der rechtspopulistischen FPÖ, Norbert Hofer, fast die Hälfte der Stimmen. 2017 stimmte ein gutes Drittel der Französisinnen und Franzosen für Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National. Politische Eliten und das gebildete Bürgertum sind bestürzt angesichts der dramatischen Wahlerfolge von radikalen Parteien und Politikern, die einer verunsicherten Bevölkerung vermeintlich einfache Lösungen anbieten. Mit emotionalen Slogans gelingt es ihnen offenbar, breite Unterstützung zu mobilisieren.

Rationale Argumente, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, scheinen die Anhänger dieser Bewegungen kaum noch zu interessieren. Solche Äußerungen prallen an hochgradig emotionalisierten Wählerinnen und Wählern ab, die sich im Konflikt mit dem „Establishment“ sehen und dessen Vertretern keinen Glauben mehr schenken. Pauschalkritik an „den Experten“, Misstrauen gegenüber den etablierten Medien (der „Lügenpresse“) und die zunehmende ausschließliche Nutzung alternativer Internetportale fördern die Bildung von einseitigen Weltbildern und tief sitzenden Ressentiments gegenüber vermeintlichen „Volksverrätern“. <sup>01</sup> Die Rede vom „postfaktischen Zeitalter“ unterstreicht nur die Ratlosigkeit der etablierten Meinungsmacher.

Die liberale Demokratie, so glauben viele, ist zunehmend gefährdet, weil der vernünftige Teil

der Gesellschaft die frustrierten und emotionalisierten „Massen“ nicht länger erreichen kann. Problemorientierte Deliberation scheint dadurch gefährdet, dass die Gesellschaft mehr und mehr auseinanderdriftet: Die aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger, die im sachlichen Austausch gemeinsam nach der Wahrheit und der besten Politik suchen, sind scheinbar konfrontiert mit einem wachsenden Kreis von Mitbürgern, die zur offenen Deliberation nicht mehr fähig sind, weil sie nur noch Bestätigung für ihre vorgefassten Ansichten und identitätsbasierten Gefühle suchen.

### SCHEUKLAPPEN DER INTELLIGENZ

Diese herablassende Sicht auf die „manipulierbaren Normalbürger“ ist jedoch ebenso falsch wie gefährlich. Aus ihr spricht eine Arroganz und Selbstzufriedenheit, die verkennt, wie stark auch die angeblich vernünftigeren und gebildeteren Bürgerinnen und Meinungsmacher von irrationalen Gesichtspunkten geleitet werden. <sup>02</sup> Vielleicht sind sie etwas weniger anfällig für populistisches Gedankengut. <sup>03</sup> Emotionalisierung und tribalistische Scheuklappen finden sich aber genauso unter denjenigen, die sich als Teil der Intelligenz sehen. Dies war sicher auch schon in den Zeiten so, als die liberale Demokratie noch nicht in Gefahr zu sein schien. Es steht jedoch zu befürchten, dass diese deliberativen Defizite auch unter der sogenannten Intelligenz weiter zunehmen werden – und dies in einer Zeit, in der die Gesellschaft mehr denn je eine Versachlichung der politischen Auseinandersetzung benötigt. Alle müssen mehr dafür tun, dass eine rationale, offene Diskussion weiter möglich bleibt.

Dass intelligente und gebildete Menschen keineswegs gegen gefühlsgeladene Realitätsverweigerung gefeit sind, haben wir wahrscheinlich alle schon in politischen Debatten erlebt und viele von uns gewiss auch an uns selbst. Diese subjektive Erfahrung wird kaum einen Psychologen überraschen. Zahlreiche Studien bestätigen, dass persönliche Überzeugungen, insbesondere zu ethischen und politischen Fragen, nur selten auf rationaler Abwägung beruhen. Vielmehr wählen wir sie meist unbewusst danach aus, ob sie zu unseren moralischen Intuitionen, unseren Affekten und unseren sozialen Identitäten passen. Am Anfang steht fast immer die subjektive Meinung. Nach überzeugenden Begründungen suchen wir erst im Nachhinein, damit wir unsere Position gegenüber unserer Umwelt rechtfertigen können.<sup>04</sup>

Wer glaubt, dass dies bei intelligenteren Personen anders abläuft, täuscht sich. Zwar können Menschen mit einem höheren Intelligenzquotienten ihre Überzeugungen meist besser begründen. Dies liegt jedoch nicht daran, dass sie ihre Meinungen aufgrund gründlicherer Abwägung gewählt haben, sondern hängt damit zusammen, dass es ihnen leichter fällt, stützende Argumente zu finden. Im Rahmen einer Studie baten der Erziehungswissenschaftler David Perkins und seine Kollegen ihre Probanden darum, zu einer kontroversen Frage sowohl Argumente zu nennen, die ihre eigene Position bestätigten, als auch solche, die für die Gegenmeinung sprachen. Intelligenter Testpersonen unterschieden sich von den übrigen nur dadurch, dass sie mehr Argumente für ihre eigene Position anführen konnten. Bei der Zahl der gefundenen Gegenargumente gab es hingegen keinen Unterschied.<sup>05</sup>

**01** Vgl. Tom Nichols, *How America Lost Faith in Expertise. And Why That's a Giant Problem*, in: *Foreign Affairs* 2/2017, S. 60–73.

**02** Vgl. Jonathan Haidt, *The Righteous Mind. Why Good People Are Divided by Politics and Religion*, New York 2012.

**03** Zumindest scheint das für Deutschland zu gelten. Vgl. Robert Vehrkamp/Christopher Wratil, *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2017.

**04** Vgl. Jonathan Haidt, *The Emotional Dog and Its Rational Tail. A Social Intuitionist Approach to Moral Judgment*, in: *Psychological Review* 4/2001, S. 814–834; Marc D. Hauser, *Moral Minds. How Nature Designed Our Universal Sense of Right and Wrong*, New York 2006.

**05** Vgl. David N. Perkins/Michael Farady/Barbara Bushey, *Everyday Reasoning and the Roots of Intelligence*, in: James F. Voss/David N. Perkins/Judith W. Segal (Hrsg.), *Informal Reasoning and Education*, Hillsdale 1991, S. 83–105.

Ähnlich ernüchternd sind die Resultate eines Forscherteams um den Rechtsprofessor Dan Kahan, das den Zusammenhang zwischen Wissenschaftsbildung und der Einstellung zum Klimawandel untersuchte. Es kam zu dem Ergebnis, dass US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner mit besseren naturwissenschaftlichen und mathematischen Kenntnissen keineswegs eher dazu neigen, den Klimawandel als ernsthaftes Risiko anzusehen. Im Gegenteil: Die Daten zeigten insgesamt sogar eine leicht positive Korrelation zwischen Wissenschaftsbildung und der Unterschätzung der Klimarisiken. Ursache dieses überraschenden Befundes ist offenbar, dass egalitär und kollektivistisch orientierte US-Amerikaner schon aufgrund ihrer politisch-kulturellen Identität und unabhängig von ihren naturwissenschaftlichen Kenntnissen von Klimagefahren überzeugt sind. Konservative US-Bürger neigen hingegen von Haus aus zu Skepsis. Diese ist bei den Gebildeten unter ihnen am stärksten ausgeprägt – vermutlich deshalb, weil sie besser dazu in der Lage sind, die vereinzelt Einwände gegen die vorherrschende wissenschaftliche Position zu finden und zu verstehen.<sup>06</sup> Ähnliche Effekte zeigen sich in Untersuchungen über die Einstellung zum Schusswaffenbesitz.<sup>07</sup>

Diese Studien belegen einmal mehr, dass alle Menschen einem sogenannten *confirmation bias* unterliegen: Sie scheuen kognitive Dissonanz und suchen deshalb einseitig nach Informationen und Argumenten, die ihre gegenwärtigen Meinungen stützen. Und aus Sicht des Einzelnen hat das auch durchaus Vorteile: Wenn ich meine falsche Meinung zu einer politischen Streitfrage korrigiere, ist der gesellschaftliche Nutzen äußerst gering. Schließlich wird meine Stimme schwerlich den Ausgang der nächsten Wahl beeinflussen. Diese Lernerfahrung schwächt aber vermutlich mein Selbstwertgefühl, zeigt sie doch, dass ich lange eine irrierte Ansicht vertreten habe. Sie zwingt mich also zu einem Eingeständnis, das besonders unangenehm ist für Menschen, die sich für reflektiert und aufgeklärt halten und schon viel in ihre politische Meinung „investiert“

**06** Vgl. Dan M. Kahan et al., *The Polarizing Impact of Science Literacy and Numeracy on Perceived Climate Change Risks*, in: *Nature Climate Change* 10/2012, S. 732–735.

**07** Vgl. ders. et al., *Motivated Numeracy and Enlightened Self-Government*, in: *Behavioural Public Policy* 1/2017, S. 54–86.

haben. Hinzu kommt, dass ein solches Umdenken uns leicht zu Außenseitern in unserem – gemeinhin ähnlich denkenden – Freundeskreis macht oder dort zumindest Auseinandersetzungen und Irritationen auslöst, die unser Wohlbefinden verringern.<sup>08</sup>

Es ist mithin sehr im individuellen Interesse, Fakten und Argumente ungleich zu behandeln, also diejenigen kritischer zu hinterfragen, die unseren Ansichten und denen unserer Freunde widersprechen, und gezielt nach solchen zu suchen, die unsere Sichtweisen bestätigen. Intelligente und gebildete Menschen sind in dieser Hinsicht besonders geschickt. Deshalb fällt es ihnen leichter, Bestätigung für ihre Überzeugungen zu finden. Wenn es jedoch darum geht, eigene Positionen kritisch zu überprüfen oder gar zu revidieren, sind sie keineswegs offener und lernbereiter als der Rest der Bevölkerung.

#### AKTUELLE VERSTÄRKER VON TRIBALISMUS UND EMOTIONALISIERUNG

Aber was soll daran so problematisch sein? Wer weniger an rhetorischen Schlagabtauschen interessiert ist, sondern mehr Freude an ertragreichen politischen Diskussionen hat, mag unsere geringe Lernbereitschaft bedauern. Aber dem öffentlichen Diskurs hat sie bis jetzt offenbar nicht ernsthaft geschadet: Trotz der allgemeinen Neigung, die eigenen Überzeugungen stets nach allen Kräften gegen „die anderen“ zu verteidigen, erwiesen sich die westlichen Demokratien lange Zeit als stabil. Ungeachtet mancher Degenerationserscheinungen sind ihre Gesellschaften noch selten in unversöhnliche Lager zerfallen, die einander nichts mehr zu sagen haben und sich gegenseitig Einsichtsfähigkeit oder Legitimität absprechen.

Allerdings ist stark zu bezweifeln, dass dieser beruhigende Befund noch lange Bestand hat.

<sup>08</sup> Vgl. Roland Bénabou/Jean Tirole, *Mindful Economics. The Production, Consumption, and Value of Beliefs*, in: *The Journal of Economic Perspectives* 3/2016, S. 141–164; Geoffrey L. Cohen, *Identity, Belief, and Bias*, in: Jon Hanson (Hrsg.), *Ideology, Psychology, and Law*, New York 2012, S. 385–403; Dan M. Kahn et al., *Culture and Identity – Protective Cognition. Explaining the White-Male Effect in Risk Perception*, in: *Journal of Empirical Legal Studies* 3/2007, S. 465–505; Michael Shermer, *The Believing Brain. From Ghosts and Gods to Politics and Conspiracies – How We Construct Beliefs and Reinforce Them as Truths*, New York 2011.

Eigentlich ist er jetzt schon überholt, wenn man nach Polen blickt oder sich die starke weltanschauliche Polarisierung in den Vereinigten Staaten ansieht, ohne die Donald Trump nie US-Präsident geworden wäre. Drei laufende Trends lassen befürchten, dass auch die anderen westlichen Demokratien, ja selbst die solide Bundesrepublik, mehr und mehr in unversöhnliche Lager mit unvereinbaren „Wirklichkeiten“ zersplittern könnten.

Die *erste* dieser Entwicklungen ist die steigende Komplexität politischer Fragen infolge von Globalisierung und Technisierung. Internationale Finanzkrisen, multilaterale Entscheidungsprozesse, Chancen und Risiken neuer Technologien, ökonomische Verteilungsfragen, grenzüberschreitende Umweltbelastungen und viele andere Probleme überfordern immer mehr das Urteilsvermögen der Bürgerinnen und Bürger. Diese können solche Entwicklungen kaum noch verstehen und die Folgen möglicher Entscheidungen immer weniger abschätzen. Daher bleibt selbst denen, die sich ganz bewusst mit diesen Fragen auseinandersetzen, meist kaum etwas anderes übrig, als sich von sachfremden Gesichtspunkten beeinflussen zu lassen: Entweder orientieren sie sich an den Meinungsführerinnen ihrer jeweiligen Identitätsgruppe oder sie lassen sich ganz von ihren persönlichen Emotionen leiten, vertreten also die Meinung, die sich für sie „irgendwie besser anfühlt“.

Die *zweite* Entwicklung betrifft das Internet, das es immer einfacher macht, sich von Andersdenkenden abzuschotten und nur nach Bestätigung der eigenen Meinung zu suchen. Während man in Tageszeitungen, Rundfunk- oder Fernsehnachrichten oder Vereinen gelegentlich noch mit abweichenden Meinungen oder „unpassenden“ Fakten konfrontiert wird, kann man sich im Netz problemlos auf die Portale, Blogs oder Diskussionsgruppen konzentrieren, die konsequent die eigene Position vertreten und zahlreiche Links auf bestätigende Informationen anbieten. Zum Teil lenken uns auch schon die Suchmaschinen in diese Richtungen. Soziale Netzwerke von Gleichgesinnten werden hier buchstäblich zu „Echokammern“, in denen sich alle nur gegenseitig bestärken und dadurch in ihren Anschauungen weiter radikalieren. Das Internet leistet so einem tribalistischen Denken Vorschub, das die Welt strikt unterteilt in die klugen und gutwilligen Mitglieder der eigenen Gruppe und gegner-

sche Gruppen, deren Mitglieder entweder dumm oder selbstsüchtig sind.<sup>09</sup>

Es spricht einiges dafür, dass *drittens* der anhaltende Aufstieg autoritärer oder illiberaler Staaten den demokratischen Konsens zunehmend gefährden könnte. Insbesondere die dynamische Entwicklung Chinas scheint für viele zu belegen, dass das westliche System nicht das einzige Erfolgsmodell ist. Insofern können die Vertreter des westlichen Establishments nicht mehr so einleuchtend behaupten, dass die liberale Demokratie, bei all ihren Unvollkommenheiten und internen Auseinandersetzungen, immer noch die beste Gesellschaftsordnung darstellt. Ihre Bevölkerungen sind nicht mehr so leicht davon zu überzeugen, dass man, ungeachtet zunehmender Einkommensdisparitäten, gemeinsam weiterhin auf der Siegerseite der Geschichte steht.<sup>10</sup> Der Aufstieg der nichtwestlichen Welt untergräbt dabei nicht nur den einigenden Stolz auf die Überlegenheit des eigenen Systems, sondern begünstigt auch eine Verunsicherung, die die Menschen anfälliger für haltlose Pseudoerklärungen macht.

Es ist kein Zufall, dass Donald Trump viele Wählerinnen und Wähler davon überzeugen konnte, der angebliche Niedergang Amerikas sei das Werk illegaler Einwanderer, chinesischer Wirtschaftsaggressoren und korrupter US-Eliten. Die Sozialpsychologen Jennifer Whitson und Adam Galinsky fanden in zahlreichen Experimenten heraus, dass verunsicherte Menschen, die wenig Kontrolle über ihr Schicksal zu haben glauben, weit eher dazu neigen, inexistente Zusammenhänge oder Muster zu erkennen. Entsprechend offener sind sie für eigene oder fremde Verschwörungstheorien.<sup>11</sup> In einer globalisierten Welt, in der niedrige Einkommen stagnieren und die westlichen Nationen zunehmend äußeren Einflüssen ausgesetzt sind, droht solche Leichtgläubigkeit immer mehr um sich zu greifen. Meinungsmacher, die falsche Sündenböcke an den Pranger stellen oder andere abwegige Er-

klärungen für soziale Missstände anbieten, werden somit leichteres Spiel haben. Auch deshalb steht zu befürchten, dass politische Emotionalisierung und ideologische Polarisierung weiter voranschreiten werden.

## DEMOKRATISCHE DISKUSSIONSKULTUR IN GEFAHR

Dieser bedrohlichen Entwicklung müssen alle entgegentreten, die sich demokratischen Werten verpflichtet fühlen. Wie der ehemalige US-Präsident Barack Obama in seiner Abschiedsrede eindrücklich formuliert hat, ist unsere Demokratie „dann in Gefahr, wenn wir sie als selbstverständlich erachten“. Ihre Zukunftsfähigkeit hängt von uns Demokratinnen und Demokraten und unserer Diskussionskultur ab: „Ohne Übereinstimmung bei den grundlegenden Sachverhalten, ohne die Bereitschaft, neue Informationen zuzulassen und einzuräumen, dass ein Gegner womöglich ein gutes Argument anführt und Wissenschaft und Vernunft wichtig sind, werden wir weiter aneinander vorbeireden und es somit unmöglich machen, Gemeinsamkeiten und Kompromisse zu finden.“<sup>12</sup>

Oder wie es der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck wenige Tage später ausgedrückt hat: „Wenn wir nur noch das als Tatsache akzeptieren, was wir ohnehin glauben, wenn Halbwahrheiten, Interpretationen, Verschwörungstheorien, Gerüchte genauso viel zählen wie Wahrheit, dann ist der Raum freigegeben für Demagogen und Autokraten.“<sup>13</sup> Demokraten müssen künftig noch mehr darauf achten, dass sie sachlich und rational debattieren. Nur so können sie in der Auseinandersetzung echte Alternativen entwickeln und gleichzeitig die Geschlossenheit gegenüber den Gegnern der Demokratie wahren.

Dies gilt auch für Deutschland, das zuletzt von Populismus und politischer Tribalisierung relativ verschont blieb. Nach zwei Großen Koalitionen innerhalb von drei Legislaturperioden

**09** Vgl. Tom Nichols, *The Death of Expertise. The Campaign against Established Knowledge and why It Matters*, New York 2017; Cass R. Sunstein, *#Republic. Divided Democracy in the Age of Social Media*, Princeton 2017.

**10** Vgl. Edward Luce, *The Retreat of Western Liberalism*, London 2017.

**11** Vgl. Jennifer A. Whitson/Adam D. Galinsky, *Lacking Control Increases Illusory Pattern Perception*, in: *Science* 5898/2008, S. 115ff.

**12** Barack Obama, Abschiedsrede von Präsident Barack Obama, Chicago, 10. 1. 2017, <https://de.usembassy.gov/de/abschiedsrede-von-praesident-barack-obama>.

**13** Joachim Gauck, Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012, Berlin, 18. 1. 2017, [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html).

wünschen sich manche hierzulande vielleicht sogar klarere Alternativen und leidenschaftlichere Debatten. Aber gerade große Alternativen müssen besonders sachlich debattiert werden. Die sehr emotionale Auseinandersetzung vor dem Brexit-Referendum zeigt zudem, wie schnell die oben erwähnten Faktoren die politische Kultur beschädigen können. Und die jüngste Entwicklung in den USA (aber nicht nur dort) verdeutlicht, dass solche Fehlentwicklungen, sind sie erst einmal eingetreten, schwer zu korrigieren sind. Besonders ernüchternd ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass unter Anhängern der Republikanischen Partei das große Misstrauen gegenüber den Tageszeitungen „New York Times“ und „Washington Post“ unlängst sogar noch zugenommen hat – vermutlich gerade deshalb, weil diese beiden Qualitätszeitungen zahlreiche Skandale aufgedeckt haben, die die ersten sechs Monate der Trump-Administration überschattet haben. Fast die Hälfte der Republikaner würde es inzwischen begrüßen, wenn amerikanische Gerichte „einseitig“ oder „ungenau“ berichtende Medien schließen würden.<sup>14</sup>

Eine besondere Verantwortung für die Bewahrung demokratischer Diskussionskultur kommt denjenigen Bürgerinnen und Bürgern zu, die aufgrund ihrer Fähigkeiten, ihrer beruflichen Positionen oder gesellschaftlichen Funktionen stärkeren Einfluss auf gesellschaftliche Willensbildungsprozesse nehmen können. Dies gilt also für die sogenannte Intelligenz, die aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Bildung und ihrer alltäglichen Beschäftigung mit komplexeren Zusammenhängen eine Vorbildfunktion hat. Es betrifft natürlich insbesondere diejenigen, die in der Öffentlichkeit spezielle Expertise für bestimmte Fragen reklamieren. Psychologische Studien bestätigen die Vermutung, dass vielen Laien vor allem derjenige als Experte gilt, der ihre eigene Meinung vertritt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit abweichenden Positionen wird dagegen schnell die Fachkompetenz abgesprochen.<sup>15</sup> Einseitige Stellungnah-

men von Experten begünstigen diese Art des „Rosinenpickens“ und fördern dadurch in besonderem Maße die Polarisierung gesellschaftlicher Debatten.

#### ACHT REGELN GEGEN POLITISCHE ENGSTIRNIGKEIT

Was aber folgt daraus für die demokratischen Bürgerinnen und Bürger und insbesondere für ihre meinungsprägenden Eliten, die für sich selbst ein höheres Reflexionsniveau in Anspruch nehmen? Wie können sie zu einer offenen Debatte beitragen, ohne ständig vom *confirmation bias* so fehlgeleitet zu werden, dass sie ungewollt in emotionalisiertes Lagerdenken verfallen?

Am Anfang sollte bei allen die nahezu banale, aber doch verdrängte Einsicht stehen, dass politisch Andersdenkende nicht zwangsläufig naiver, unwissender oder egoistischer sind als wir selbst. Dass es intelligentere und gebildete Menschen als uns in nahezu allen politischen „Lagern“ geben muss, sagt uns eigentlich schon der gesunde Menschenverstand. Zu dieser Schlussfolgerung bedarf es keiner besonderen Statistikkennntnisse. Dennoch sperren wir uns immer wieder gegen sie.<sup>16</sup> Wäre es anders, würden wir unsere Ansichten oft mit weniger Vehemenz vertreten und denen aus den anderen „Lagern“ offener zuhören. Echte Deliberation verlangt eine gewisse Demut, ohne die wir unfähig sind, von anderen Demokratinnen zu lernen.

Auf dieser Grundlage sollten wir eine Reihe von Grundsätzen beherzigen, die beinahe trivial erscheinen mögen, tatsächlich aber ständig miss-

<sup>14</sup> Vgl. Fox populi. Attitudes Towards the Mainstream Media Take an Unconstitutional Turn, in: The Economist, 5.8.2017, S. 32.

<sup>15</sup> Vgl. Dan M. Kahn/Hank Jenkins-Smith/Donald Braman, Cultural Cognition of Scientific Consensus, in: Journal of Risk Research 2/2011, S. 147–174; Erick Lachapelle/Eric Montpetit/Jean-Philippe Gauvin, Public Perceptions of Expert Credibility on Policy Issues. The Role of Expert Framing and Political Worldviews, in: Policy Studies Journal 4/2014, S. 674–697.

<sup>16</sup> Tatsächlich scheint es keinen klaren Zusammenhang zwischen Intelligenz und politischer Orientierung zu geben. Einerseits haben Studien für Großbritannien und Brasilien ergeben, dass intelligentere Menschen – unabhängig von Bildungsstand und Einkommen – eher Zentrumsparteien wählen. Andererseits ist für die Vereinigten Staaten gezeigt worden, dass die intelligentesten Studierenden eher dem linken Flügel der Demokratischen Partei zuneigen. Für einen Überblick mit weiterführender Literatur siehe Scott A. McGreal, Intelligence and Politics Have a Complex Relationship, 21.5.2013, [www.psychologytoday.com/blog/unique-everybody-else/201305/intelligence-and-politics-have-complex-relationship](http://www.psychologytoday.com/blog/unique-everybody-else/201305/intelligence-and-politics-have-complex-relationship). Hingegen gibt es in vielen Ländern einen eindeutigen Zusammenhang zwischen ethischen Werten und politischer Orientierung: Je mehr eine Person dem linken Spektrum zuneigt, desto höher gewichtet sie Fairness und Hilfe für Schwache gegenüber anderen Werten, wie zum Beispiel Respekt für Autorität, Leistungsgerechtigkeit oder Loyalität gegenüber der eigenen Gruppe. Vgl. Haidt (Anm. 2), Kap. 8.

achtet werden – von „einfachen Bürgern“ genauso wie von denjenigen, die sich als Teil der „Intelligenz“ betrachten:

*Erstens* müssen Sachargumente ernst genommen und geprüft werden, auch wenn sie von der „falschen“ Seite kommen. Bei persönlichen Berichten oder Zeugenaussagen vor Gericht ist es sinnvoll, bestimmten Personen eher zu vertrauen als anderen. Ob aber ein politisches Argument richtig ist oder nicht, hängt hingegen nicht von der Person ab, die es äußert. Schließlich wird das gleiche Argument oft von ganz unterschiedlichen Personen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen vorgebracht, ohne dass es deshalb im einen Fall wahr und im anderen Fall falsch wäre.

*Zweitens* sollten Demokraten sich abweichenden Meinungen und Argumenten bewusst und regelmäßig „aussetzen“. Wenn wir unsere Überzeugungen nicht immer wieder kritisch überprüfen, sind sie bald schon keine „lebendigen Wahrheiten“ mehr, sondern bloß „tote Dogmen“.<sup>17</sup> Gerade weil es unbequem, ja manchmal vielleicht sogar ärgerlich ist, mit Positionen konfrontiert zu werden, die der eigenen widersprechen, sollte man immer wieder ganz bewusst das eigene „Ideologie-Getto“ verlassen. Dafür sollte man beispielsweise hin und wieder eine Tageszeitung mit einer anderen Orientierung gründlich lesen, unkonventionelle Blogs ansehen oder ein Sachbuch kaufen, das liebgewonnene Sichtweisen infrage stellt.

*Drittens* sollten Freunde, Kolleginnen und Bekannte, die abweichende Meinungen vertreten, dazu aufgefordert werden, diese auch ausführlich zu äußern und zu begründen, statt sie zu entmutigen oder gar auszugrenzen. Das persönliche Gespräch bietet die beste Gelegenheit, seine eigene Sichtweise einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls von anderen zu lernen. Wer andere Demokraten geringschätzt oder ihnen aus dem Weg geht, nur weil sie politisch anders denken, verrät nicht nur seine eigene Intoleranz oder Arroganz, sondern untergräbt damit auch die Einheit der Demokraten und hemmt die demokratische Willensbildung.

*Viertens* ist eine kritische Haltung gerade auch gegenüber der eigenen politischen Position einzunehmen. Niemand sollte allein schon deshalb stolz auf sein „kritisches Bewusstsein“ sein, weil

er den herrschenden Verhältnissen mit Skepsis begegnet und ihre Legitimität infrage stellt. Natürlich ist die unkritische Akzeptanz des Bestehenden selten angebracht. Wer aber einfach nur anderer Leute Kritik an den derzeitigen Verhältnissen übernimmt, ohne sie eigenständig auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, ist in Wahrheit genauso unkritisch wie jemand, der das Bestehende unhinterfragt akzeptiert. Eine kritische Einstellung hat nur derjenige, der jede politische Richtung für grundsätzlich anzweifelbar hält und sich deshalb auch immer wieder fragt, ob er seine eigenen Überzeugungen auch wirklich gut begründen kann.

*Fünftens* sollte echte Lernbereitschaft ein wesentliches Element der Identität eines aufgeklärten Demokraten sein. Er sollte nicht stolz darauf sein, dass er immer loyal zu seinem politischen Lager stand und dessen Linie nie verlassen hat, sondern vielmehr sich darauf etwas einbilden, dass er seine Meinung immer wieder geändert hat, wenn er dafür gute Gründe sah. Der dem Ökonomen John Maynard Keynes zugeschriebene Satz „When the facts change, I change my mind“ sollte einer seiner Wahlsprüche sein. Jeder von uns sollte sich fragen, wie oft er in den vergangenen Jahren politische Ansichten revidiert hat. Wer schon lange nicht mehr seine Meinung zu einer wichtigen politischen Frage geändert hat, muss sich ernsthaft fragen, ob dies wirklich nur daran liegen kann, dass er politisch so viel kompetenter ist als der Rest der Bevölkerung.

*Sechstens* darf sich jemand, der im Diskurs nachdrücklich politische Veränderungen fordert, nicht auf normative Begründungen beschränken, sondern muss gleichermaßen die Realisierungsbedingungen mitbedenken. Wer nur „aus dem Bauch heraus“ angeblich ungerechte Verhältnisse kritisiert und deren umgehende Beseitigung verlangt, ohne plausible Lösungswege anzubieten, macht vielleicht seiner berechtigten Empörung Luft. Er läuft damit aber Gefahr, nur die politische Debatte zusätzlich zu emotionalisieren, statt realistische Alternativen zu entwickeln, die gesellschaftliche Verhältnisse tatsächlich verbessern könnten. Das befriedigende Gefühl, für die „richtige Seite“ einzutreten, kann nicht genügen. Wo normative Ansprüche Fragen der Machbarkeit in den Hintergrund drängen, stehen sich am Ende nur unversöhnliche ideologische Lager gegenüber. Je entschiedener die normativen Forderungen geäußert werden, umso eingehender

17 John Stuart Mill, *On Liberty*, Oxford 1991 (1859), S. 40.

der sollten auch ihre Umsetzbarkeit und mögliche Folgewirkungen angesprochen werden. Wer solche Forderungen nachdrücklich stellt, sollte sich also auch mit den einschlägigen sozialen, technischen und natürlichen Bedingungen befassen und dazu wissenschaftliche Erkenntnisse zu Rate ziehen.

*Siebtens* müssen anerkannte wissenschaftliche Befunde auch dann akzeptiert werden, wenn sie der eigenen politischen Einstellung widersprechen. Natürlich sollten Forschungsergebnisse nicht als unumstößliche Wahrheiten angesehen werden. Schließlich gibt es auch in den Fachwissenschaften viele Kontroversen, die nicht selten dazu führen, dass die Wahrheit von gestern plötzlich als überholt gilt. Dennoch sind wissenschaftliche Verfahren noch am ehesten geeignet, Aussagen über die Wirklichkeit (vorläufig) in wahre und falsche Ansichten zu unterteilen. Für Außenstehende gibt es mithin keinen sachlichen Grund, die aktuell herrschende Meinung innerhalb einer Disziplin abzulehnen. Schließlich glauben wir auch alle, dass sich die Erde um die Sonne dreht, obwohl wir dafür keinen anderen Grund angeben können als das Wort der Astronomen. Das gleiche muss für jeden wissenschaftlichen Befund gelten, der momentan die klare Mehrheitsmeinung der betreffenden Disziplin darstellt. Erst recht sollte man sich davor hüten, ganze wissenschaftliche Disziplinen wie Biologie, Klimawissenschaft, Psychologie, Ökonomie, Gender-Wissenschaft, Schulmedizin und so fort in Zweifel zu ziehen, bloß weil einem „die ganze Richtung nicht passt“, die sie in der jüngsten Zeit genommen haben. Wer so verfährt – und das sind leider erschreckend viele –, läuft Gefahr, sich aus dem sachlichen Diskurs auszugrenzen.

*Achtens* sollten Teilnehmer an einer Debatte einander respektvoll begegnen und bewusst die Identität des Gegenübers achten. Dies ist nicht nur ein Gebot der Höflichkeit und die Voraussetzung für ein gutes Gesprächsklima. Gegenseitiger Respekt fördert nachweislich auch die Lernbereitschaft. Menschen verschließen sich fremden Argumenten gerade auch deshalb, weil sie andere Meinungen als Bedrohung ihrer Identität wahrnehmen. Umgekehrt konnten Geoffrey Cohen und andere Psychologen zeigen, dass Personen

viel aufmerksamer und offener für neue Argumente sind, wenn sie zuvor Selbstbestätigung erfahren haben. Hierfür genügte es den Probanden schon, sich einen ihrer zentralen Werte ins Gedächtnis zu rufen und an damit zusammenhängende positive Erfahrungen zu denken.<sup>18</sup> Wer seinem Gegenüber glaubwürdig zu verstehen gibt, dass er viele seiner Werte teilt oder zumindest auch für wichtig hält, erhöht somit die Chancen dafür, dass es zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch kommt.

## DEMOKRATIEN ALS LERNENDE SYSTEME

Von allen Staatsformen eignet sich die liberale Demokratie immer noch am besten dazu, Irrtümer zu erkennen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Sie ist ein lernendes System – aber nur dann, wenn wir es individuell auch sind und unsere Diskussionskultur zunehmend darauf ausrichten. In einer Welt, die immer komplexer und dynamischer wird, sollte umfassende Lernbereitschaft ein Kernelement unserer politischen Identität werden. Wer sich nicht als lernendes System versteht, weil er lieber im weltanschaulichen Schützengraben seine politische Identität verteidigt, trägt dazu bei, dass Emotionalisierung und Polarisierung immer leichteres Spiel haben und die sachliche Debatte politischer Alternativen an den Rand gedrängt wird. Er ist weder ein aufgeklärter Demokrat noch ein echter Intellektueller.

### REINHARD WOLF

ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Weltordnungsfragen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

wolf@soz.uni-frankfurt.de

<sup>18</sup> Vgl. Geoffrey L. Cohen/David K. Sherman, The Psychology of Change. Self-Affirmation and Social Psychological Intervention, in: Annual Review of Psychology 2014, S. 333–371.

# LIBERALER ANTIPOPULISMUS

## Ein Ausdruck von Postpolitik

*Oliver Marchart*

„Wie schön wäre Demokratie ohne *demos!*“ Dieser Stoßseufzer ist heute von Postpolitikern aller Couleur zu vernehmen, zusammen mit der pauschalen und allgegenwärtigen Klage über „den Populismus“. Denn im Populismus erscheint das „Volk“, wie der Soziologe Helmut Dubiel vor Jahren schrieb, als ein „empirisches Gespenst“, das in die Gärten der Politik einbricht und den „von den Gärtnern der öffentlichen Ordnung so sorgfältig gehegten Rasen zertrampelt“. <sup>01</sup>

Das Klagelied der Gärtner ertönt überall. Es ertönt an der Spitze der EU, wo Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner „Rede zur Lage der Union“ im September 2016 vor einem „galoppierenden Populismus“ warnte. <sup>02</sup> Aber selbstverständlich erklingt der antipopulistische Refrain nicht nur an der Spitze der EU. Vertreter der etablierten Parteien bis hinunter in die Lokalpolitik stimmen ihn an, und er findet sein Echo in den Analysen, Berichten und Kommentaren der Medien, sodass mit dem Begriff Populismus nahezu durchgängig das Bedrohungsszenario verantwortungsloser Volksverführung, wenn nicht brandgefährlicher Volksverhetzung verbunden wird.

An dieser pauschalisierenden Verwendungsweise des Begriffs Populismus ist zunächst zweierlei bemerkenswert. *Erstens* ist die durchgängig negative Kodierung des Begriffs bereits in einem solchen Maße eingeübt, dass an das Offensichtliche erst wieder erinnert werden muss: Der Begriff Populismus dient im öffentlichen Diskurs vor allem dem Zweck der politischen Denunziation von Parteien und Bewegungen, die entweder nicht dem traditionellen Spektrum entstammen oder, wo sie das tun, sich gegen dieses wenden. Der pejorative Gebrauch des Begriffs weist also darauf hin, dass antipopulistische Diskurse einen Antagonismus herstellen zwischen „uns liberalen Demokraten“ und den „populistischen Antidemokraten“. Diese „Achse von Populismus und Anti-Populismus“ wird als die vorherrschende

Spaltung beschrieben, über die gegenwärtig politische Bedeutung organisiert wird. <sup>03</sup> „Der Riss“, so der Soziologe Wolfgang Streeck, „zwischen denen, die andere als ‚Populisten‘ bezeichnen, und denen, die von ihnen als solche bezeichnet werden, ist heute die dominante politische Konfliktlinie in den Krisengesellschaften des Finanzkapitalismus“. <sup>04</sup>

*Zweitens* erscheint in diesen Diskursen der Begriff des Populismus aufgrund seiner pauschalisierenden Überdehnung auf seltsame Weise leer. Daher können im Diskurs der Populismuskritiker gegnerische Parteien äußerst unterschiedlicher politischer Ausrichtung mit dem Stigma des Populismus versehen werden.

### POPULISMUS ALS MOBILISIERUNGSLOGIK

In der Forschung herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit darüber, dass Populismus keine spezifische politische Weltanschauung ist oder durch unverwechselbare Inhalte und Forderungen gekennzeichnet wäre. Während beispielsweise der Sozialismus im Kern für soziale Gerechtigkeit oder der Liberalismus für individuelle Freiheitsrechte eintritt, lässt sich beim Populismus kein solcher Kern finden – außer jener, dass hier Politik „für das Volk“ gemacht werden soll, was letztlich aber alle demokratischen Parteien von sich behaupten, sofern sie keine reinen Klientelparteien sind. Daher wäre es angemessener, mit Populismus eine politische Mobilisierungslogik zu bezeichnen.

Dieser Logik folgend, sollen möglichst breite Bevölkerungssektoren als „das Volk“ gegen eine „Elite“ mobilisiert werden, ohne dass hiermit schon eine Aussage darüber getroffen wäre, mithilfe welcher politischen Ideologien oder konkreten Forderungen dies jeweils geschehen soll.

So führt die Entwicklung in der Populismusforschung weg von impressionistisch gestalteten Merkmalskatalogen populistischer Politik und hin

zu Minimaldefinitionen. Der einschlägigen Definition des Politikwissenschaftlers Cas Mudde zufolge zerfällt die Gesellschaft für Populisten in zwei homogene und antagonistische Lager – in ein „reines Volk“ und eine „korrupte Elite“ –, wobei Politik die *volonté générale* des Volkes auszudrücken habe und die populistische Unterscheidung zwischen Volk und Elite vor allem als moralische Unterscheidung getroffen werde.<sup>05</sup> Im Kern trifft sich diese Minimaldefinition mit der zweiten wichtigen Populismustheorie, die aus der marxistischen Tradition hervorging und von dem politischen Theoretiker Ernesto Laclau in den 1970er Jahren vorgestellt und später weiterentwickelt wurde. Auch Laclau versteht unter Populismus keine bestimmte politische Ideologie, sondern eine Logik der Vereinfachung des politischen Raums um einen zentralen Antagonismus zwischen „Volk“ und „Machtblock“.<sup>06</sup>

#### INHALTLICHE LEERE DES LIBERALEN ANTIPOPLISMUS

Diese Minimaldefinitionen können helfen, die pauschale Kritik am Populismus durch den politischen und medialen Mainstream einzuordnen. Denn wenn zutrifft, dass Populismus an sich keinen bestimmten ideologischen Inhalt besitzt,

**01** Helmut Dubiel, *Ungewißheit und Politik*, Frankfurt/M. 1994, S. 204.

**02** Präsident der Europäischen Kommission, Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, SPEECH/16/3043, Straßburg 14.9.2016, S. 54.

**03** Yannis Stavrakakis, Die Rückkehr des „Volkes“: Populismus und Anti-Populismus im Schatten der europäischen Krise, in: Aristotelis Agridopoulos/Ilias Papagiannopoulos (Hrsg.), *Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse*, Wiesbaden 2016, S. 109–137, hier S. 110.

**04** Wolfgang Streeck, Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus, in: Heinrich Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Frankfurt/Main 2017, S. 253–274, hier S. 261.

**05** Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in *Government & Opposition* 4/2004, S. 541–563, hier S. 543. Für eine vergleichbare Definition, die noch größeren Wert auf den Antipluralismus der Populisten legt, siehe Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Ein Essay, Frankfurt/M. 2016. Aus dem Gang meines Arguments wird ersichtlich werden, dass der liberale Antipopulismus, der jegliche politische Alternative zum neoliberalen Status quo verdammt und, in seiner jetzigen Phase, sich selbst in Populismus verwandelt, nicht weniger antipluralistisch agiert.

**06** Vgl. Ernesto Laclau, *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*, Berlin 1981; ders., *On Populist Reason*, London–New York 2005.

dann ist pauschale Kritik am Populismus ebenso inhaltslos. Und zwar deshalb, weil dann nur eine bestimmte Form der Mobilisierung kritisiert wird, während nebensächlich bleibt, weshalb und wofür im jeweiligen Fall mobilisiert wird. Die pauschale Kritik am Populismus bleibt also leer – jedoch nicht deshalb, weil die anti-populistische Phalanx einem wissenschaftlichen Minimalmodell von Populismus anhängen würde. Sie bleibt vielmehr deshalb leer, weil vom liberalen Antipopulismus schlechthin alles denunziert wird, was als politische Alternative zu jenem neoliberalen Dogma auftritt, dem die Parteien des gesamten traditionellen Spektrums mit nur geringer Variation anhängen: ungehinderte Herrschaft der Märkte in allen Lebensbereichen, Ausverkauf öffentlicher Güter, Konstitutionalisierung des Austeritätsregimes, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Ausweitung des Niedriglohnsektors zugunsten globaler „Wettbewerbsfähigkeit“.

In Frankreich wird dieses unhinterfragte Dogma des Neoliberalismus als *pensée unique* bezeichnet, im Englischen auch als TINA-Prinzip, ein Akronym des von der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher oftmals wiederholten Satzes: „There is no alternative“. Deswegen, so Wolfgang Streeck, werden die populistischen Parteien und die Alternativen, die sie anbieten, von ihren Gegnern „als tödliche Gefahr für ‚die Demokratie‘ wahrgenommen und bekämpft. Der dabei eingesetzte, in kürzester Zeit in das postfaktische Faktenwissen eingeschleuste Kampfbegriff ist der des ‚Populismus‘, mit dem rechte wie linke Strömungen und Organisationen belegt werden, die sich gegen die TINA-Logik ‚verantwortlicher‘ Politik unter Bedingungen neoliberaler Globalisierung sperren.“<sup>07</sup>

Vor dem Hintergrund des TINA-Prinzips erweist sich die Populismuskritik durch Medien und traditionelle Parteien somit als Kritik an jeder politisch artikulierten – und damit potenziell gefährlichen – Forderung nach Alternativen zum neoliberalen Status quo. Der liberale Antipopulismus muss abstrakt und leer bleiben, um solche alternativen Forderungen ungeachtet ihres Inhalts und allein aufgrund ihrer populistischen Artikulationsform denunzieren zu können. Das bietet die Möglichkeit, „Unterscheidungen zu vermeiden und Trump und Sanders, Farage und Corbyn sowie, in Deutschland, Petry und Wa-

**07** Streeck (Anm. 4), S. 260.

genknecht in denselben propagandistischen Topf zu werfen“.<sup>08</sup>

Dabei lässt sich nicht länger ausmachen, ob es sich nun um linke oder rechte, inklusive oder exklusive, demokratische oder autoritäre Spielarten von Populismus handelt oder überhaupt um Populismus.<sup>09</sup> Denn nicht nur autoritäre oder gar faschistische Bewegungen bedienen sich der Semantik „Volk“ versus „Elite“, sondern auch genuine Demokratisierungsbewegungen wie zum Beispiel Podemos in Spanien und ursprünglich Syriza in Griechenland. Auch von diesen wird zwar sehr wohl ein Antagonismus zwischen „Volk“ und „korrupter Elite“ formuliert – so etwa in Spanien zwischen *la gente* und *la casta* – doch wird der politischen Elite weder ein ethnisch reiner Volkskörper entgegengesetzt noch wird ein Projekt autoritärer Staatsumwandlung verfolgt. Das politische Projekt besteht vielmehr in der Demokratisierung der Demokratie, und das lässt es in den Augen liberaler Antipopulisten jedoch nur noch bekämpfenswerter erscheinen. Angesichts des denunziativen Umgangs mit aus sozialen Protestbewegungen hervorgegangenen linken Parteien – beziehungsweise mit linkspopulistischen Strömungen in älteren Parteien – könnte man fast glauben, Antipopulismus habe im heutigen Westeuropa den Antikommunismus beerbt.

### ANTIPOPULISMUS ALS BRANDBESCHLEUNIGER

Mit dem Kampfbegriff des Populismus sollen also jegliche Forderungen delegitimiert werden, die die Interessen breiterer Bevölkerungsschichten gegen eine Politik mobilisieren könnten, die an diesen Interessen vorbeigeht. „Die implementierte neoliberale Politik wird zunehmend *unpopular* und löst *populare* Mobilisierungen aus, die wiederum als *populistisch* denunziert werden“.<sup>10</sup> Wenn populistische Bewegungen in der Bevölkerung auf Resonanz stoßen – und dies gilt auch für Rechtsaußenparteien, die sich populistischer Strategien bedienen –, dann vor allem deshalb, weil nach drei Jahrzehnten neoliberaler Politik

ein nicht unbegründetes Misstrauen gegenüber einem durch keine Weltwirtschaftskrise zu irritierenden Personal und seinem immer identischen Angebot herrscht.

Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise um 2008 hat der neoliberale Umbau der europäischen Wohlfahrtsstaaten sogar enorm an Fahrt gewonnen, selbst wenn immer deutlicher erkennbar wurde, dass die sozialen Grundlagen der liberalen Demokratie auf diese Weise ausgehebelt werden. Die Verwüstungen, die diese Politik hinterlässt, werden in den meisten europäischen Ländern allerdings nicht zum Nährboden für Demokratisierungsbewegungen wie Podemos, sondern zum Nährboden rechtsextremistischer Bewegungen, die nun – nach dem Totalversagen der europäischen Mitte-Links-Parteien – vielerorts als einzige politische Kraft den wirklichen oder vermeintlichen Verlierern eine Stimme geben oder zu geben behaupten.

Bei den so entstehenden Konflikten handelt es sich um etwas viel Dramatischeres als um den üblichen Wettbewerb unterschiedlicher politischer Ideen. Denn da eine Alternative zur neoliberal verallgemeinerten Prekarisierung aller Arbeits- und Lebensbereiche innerhalb des etablierten Parteienspektrums der liberalen Demokratie nicht formuliert werden kann, besteht die Gefahr, dass sie gegen die Demokratie als solche formuliert wird.<sup>11</sup>

Deshalb darf die Kritik am liberalen Antipopulismus die politischen Positionen von Rechtsaußenparteien selbstverständlich nicht verharmlosen, im Gegenteil. Doch muss es sich um eine inhaltlich begründete Kritik handeln, die sich nicht auf die bloße Form der Mobilisierung eines „Volkes“ gegen den Machtblock beschränkt. Die autoritäre Wende, die von Rechtsaußenparteien gefordert oder, wie im Fall von Ungarn und Polen, bereits verwirklicht wird, setzt demokratischen Prinzipien wie Pressefreiheit und Gewaltenteilung ein autoritär-plebiszitäres Gesellschaftsmodell entgegen. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs und seit dem Fall des Eisernen Vorhangs scheint sich damit in Europa wieder die Systemfrage zu stellen: liberale Demokratie oder eine westeuropäische Version des Putinismus? Gerade deshalb aber ist der

<sup>08</sup> Ebd., S. 261.

<sup>09</sup> Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America*, in: *Government and Opposition* 2/2013, S. 147–174.

<sup>10</sup> Stavrakakis (Anm. 3).

<sup>11</sup> Vgl. Oliver Marchart, *Die Prekarisierungsgesellschaft. Präkäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Verunsicherung*, Bielefeld 2013.

liberale Antipopulismus – als Brandstifter in der Uniform der Feuerwehr – so gefährlich. Abgesehen von dem zunehmend durch vermeintlichen Zwang gepanzerten Dogmatismus der Neoliberalen ließen sich zumindest drei Gründe benennen, weshalb – in jenen Ländern jedenfalls, in denen noch keine autoritären Bonapartisten an die Macht gelangt sind – eine größere Gefahr vom liberalen Antipopulismus ausgehen könnte als vom sogenannten Populismus selbst.

### Verschleierung der Ursachen

*Erstens* verstellt der liberale Antipopulismus den Blick auf die Ursachen der gegenwärtigen Misere, die ja in genau jener Politik zu suchen sind, die er gegen „die Populisten“ so vehement verteidigt. Er popularisiert also eine irreführende Problemdiagnose. So ist etwa die vielbeschworene Krise der politischen Repräsentation, mit der ein Vakuum entstanden ist, das nun in vielen europäischen Ländern von rechts und nur im Süden von links gefüllt wird, der Konversion vor allem von Parteien der linken Mitte zu den Glaubenssätzen des Neoliberalismus geschuldet. Der beispiellose Niedergang der europäischen Sozialdemokratie verdeutlicht die Konsequenzen dieser Konversion.

In manchen Ländern hat die Sozialdemokratie ihr früheres Stammklientel nahezu vollständig an Rechtsaußenparteien verloren – so votierten bei den österreichischen Präsidentschaftswahlen 2016 die Arbeiter zu 85 Prozent für den Kandidaten der FPÖ Norbert Hofer<sup>12</sup> –, in anderen wurde sie geradezu ausgeradiert: In Frankreich kam bei den Parlamentswahlen 2017 die Sozialistische Partei mit einem Verlust von knapp 22 Prozent auf einen Stand von 7,4 Prozent, und in den Niederlanden wurde die Partei der Arbeit mit einem Verlust von 19 Prozent auf einen Wähleranteil von 5,7 Prozent reduziert. Sozialdemokraten wären schlecht beraten, wollten sie die Schuld an ihrem Niedergang bei rassistischen Demagogen suchen. Ihres Unglücks Schmied sind sie schon selbst.

Aber auch der Gegenbeweis kann von ihnen selbst angetreten werden. Sozialdemokratische Parteien erweisen sich derzeit als erfolgreich, wo sie dem neoliberalen Einheitsdenken radikal entgegnetreten – und das nicht nur in Form halbgarer Lippenbekenntnisse. In den USA er-

weist sich der „demokratische Sozialismus“ von Bernie Sanders als deutlich populärer als Hillary Clintons „progressiver Neoliberalismus“ (Nancy Fraser). Im Vereinigten Königreich schaffte es der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn bei der Unterhauswahl 2017 mit seinem Programm der Wiederverstaatlichung von Schlüsselbetrieben, insbesondere der Bahn, sowie dem Versprechen, den National Health Service zu schützen, die absolute Mehrheit der Tories im Parlament zu brechen und fast den Wahlsieg davonzutragen. Und in Portugal konnte eine von radikalen Linksparteien gestützte sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Premierminister António Costa dem Schicksal Griechenlands entgehen und einen ökonomischen Aufschwung anstoßen, gerade weil sie sich dem Austeritätsdiktat von Bundesfinanzminister Schäuble, der Portugal die Apokalypse vorhergesagt hatte, widersetzte. In all diesen Fällen bot liberaler Antipopulismus keine Lösung.

### Elitärer Paternalismus

*Zweitens* erweist sich der elitäre Antipopulismus insbesondere der rechten Mitte als seinerseits kryptopopulistisch. Das mag überraschen, da Elite und Volk im populistischen Diskurs als Gegensätze auftreten. Doch sind sie zugleich auch Spiegelbilder, da beide auf derselben, letztendlich moralischen Unterscheidung zwischen der Elite und dem Volk basieren – nur dass der Elitismus die Elite als „rein“ betrachtet und das Volk als „korrupt“.<sup>13</sup>

Eine durchaus elitäre Grundstimmung beherrscht den heutigen Neoliberalismus und motiviert den Antipopulismus. In dessen Spiegel erscheint „das Volk“ als bedrohliche Masse oder, je nachdem, als leicht verführbares Kind, in jedem Fall aber als zutiefst irrational, unreif und gegen die eigenen – natürlich von neoliberalen Experten viel besser wahrgenommenen – Interessen gerichtet. Dieses Bild von der unwissenden, triebgesteuerten Masse ist kaum über den Stand der Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts hinausgekommen. Demgemäß entsprechen auch so manche Rezepte des neuen Elitismus jenen des 19. Jahrhunderts.

Eine der beliebtesten Antworten auf den Populismus besteht nämlich in einem elitären Paternalismus, der uns selbst noch in solch scheinbar harmlosen Wendungen begegnet wie „wir müssen

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Techt, Norbert Hofer, der Präsident der Arbeiter und Männer, 5. 12. 2016, [www.diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5129839](http://www.diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5129839).

<sup>13</sup> Cas Mudde, Conclusion. Some Further Thoughts on Populism, in: Carlos de la Torre (Hrsg.), *The Promise and Perils of Populism. Global Perspectives*, Lexington 2015, S. 431–452, hier S. 433.

die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen“, auch wenn „wir“ sie, so der unausgesprochene Nachsatz, für unbegründet erachten. Doch dieser Paternalismus trägt nur zur Beschämung und Beleidigung der solchermaßen Entmündigten bei. Dies wiederum verstellt den analytischen Blick auf die eigentlichen Ursachen sozialer Verunsicherung, propagiert Scheinlösungen und treibt den Rechtsaußenparteien ökonomisch und sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten zu.

### Übernahme populistischer Strategien und Inhalte

*Drittens* agiert der Antipopulismus der Eliten seinerseits offen populistisch, sobald er auf Mobilisierungsstrategien und Inhalte der Populisten zurückgreift. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war als Investmentbanker und Wirtschaftsminister selbst Teil jenes liberalen Macht-systems gewesen, gegen das er mit seiner scheinbar antisystemischen „Bewegung“ antrat. Dass ein Teil des Machtblocks vorgibt, sich aus dem Inneren dieses Machtblocks heraus gegen ihn zu wenden, ist, wie der Soziologe Stuart Hall am Thatcherismus zeigt, ein typisches Merkmal eines „autoritären Populismus“.<sup>14</sup> Dem neoliberalen Mainstream bleibt, nachdem er in der Wahlbevölkerung auf massiv schwindende Folgebereitschaft trifft, wenig anderes übrig als solcher Etikettenschwindel. Im österreichischen Nationalratswahlkampf 2017 verkleidete der österreichische Außenminister Sebastian Kurz die alte ÖVP erfolgreich als neue „Bewegung“, die sich gegen jenes überkommene System zu richten vorgab, dem er selbst seit sechs Jahren als Regierungsmitglied angehörte und dem die ÖVP seit 30 Jahren durchgehend als Regierungspartei diente.

Dass die neoliberale Elite in einen Scheinkampf mit sich selbst tritt, mag noch durchgehen, solange nur die Logik populistischer Mobilisierung übernommen wird. Was aber, wenn die ideologischen Inhalte populistischer Rechtsaußenparteien übernommen werden? So ist auf breiter Front zu beobachten, dass Parteien der politischen Mitte, nachdem sie sich jahrelang die neoliberalen Inhalte ihrer Konkurrenz zu eigen gemacht haben, nun zunehmend rassistische und ethnonationalistische Positionen vertreten. Zum Beispiel gelang es Sebastian Kurz durch eine

Übernahme von FPÖ-Positionen in der Migrationspolitik, massiv Terrain gegenüber der FPÖ gutzumachen. Der Ausgang der niederländischen Parlamentswahlen von 2017 wurde von liberalen Antipopulisten mit Erleichterung aufgenommen, da Geert Wilders' Partei für die Freiheit mit einem Wähleranteil von 13 Prozent unter den Erwartungen blieb. Gänzlich unerheblich schien da, dass die liberal-konservative Partei unter Mark Rutte ihren Wahlsieg durch Übernahme der Inhalte von Wilders sicherte. Waren diese nun, da sie vonseiten liberaler Antipopulisten formuliert wurden, plötzlich nicht mehr „populistisch“? Es zeigt sich erneut: Der liberale Antipopulismus ist Teil des Problems. Immer häufiger übernimmt, ja implementiert er die autoritären und rassistischen Forderungen seiner vorgeblichen Gegner, während zugleich die dringend notwendige Demokratisierung der Demokratie blockiert wird.

### ZWEITE PHASE DER POSTPOLITIK

Sobald der liberale Antipopulismus Strategie und Inhalte von Rechtsaußenparteien übernimmt, mutiert er selbst zu einer Spielart des autoritären Populismus. Die Postpolitikdiagnosen der vergangenen Jahre sind daher zu ergänzen. Postpolitik scheint in eine neue, aggressivere Phase eingetreten zu sein.

Die *erste* Phase neoliberaler Postpolitik, wie sie von der Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe und anderen beschrieben wurde, war gekennzeichnet durch das technokratische Politikverständnis einer Expertokratie (von Managerpolitikern, die sich auf neoliberales Expertenwissen zu stützen behaupteten), durch den neoliberalen „Konsens in der Mitte“ (bis hin zur Verwechselbarkeit der traditionellen Parteien) sowie durch ein Phänomenbündel aus Demokratieabbau, Repräsentationskrise und Auslieferung der Demokratie an den Markt, das der Politologe Colin Crouch unter dem Begriff der „Postdemokratie“ zusammengefasst hat.<sup>15</sup> In dieser Phase war Postpolitik vor allem eine Politik der Politikverleugnung. Der Antipopulismus drückte sich noch in der angewiderten Zurückweisung eines jeglichen Populismus aus. Darin kam nichts weniger zum Ausdruck, so Laclau, als „die Zurückweisung von Politik *tout court* und die Behauptung, das Ma-

<sup>14</sup> Stuart Hall, *The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left*, London–New York 1988.

<sup>15</sup> Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.

nagement der Gemeinschaft sei Aufgabe einer administrativen Macht, deren Legitimationsquelle in ihrem korrekten Wissen um eine ‚gute‘ Gemeinschaft besteht“.<sup>16</sup>

Bereits in dieser ersten Phase machten sich jedoch die Auswirkungen neoliberaler Postpolitik bemerkbar: Rechtsaußenparteien erhielten Zulauf, wo die Parteienlandschaft keine erkennbaren Alternativen bot. Der aufkommende Rechtspopulismus ersetzte, wie Chantal Mouffe erkannte, „die geschwächte Links-Rechts-Opposition durch eine neue Form des Wir-Sie-Gegensatzes“ – die für populistische Strategien typische Opposition zwischen dem „Volk“ und dem „Establishment“ –, da demokratische Politik sich darauf beschränkt hatte, „die notwendigen Voraussetzungen für das reibungslose Funktionieren des Marktes sicherzustellen“.<sup>17</sup>

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 ist das Politikmodell der Postpolitik nun seinerseits in die Krise geraten. Der enorme Legitimationsverlust, den der neoliberale Mainstream erfahren musste, ist der spürbaren Verschärfung des sozialen Missstands und dem Ausbleiben der neoliberalen Versprechungen geschuldet. Populistischen Mobilisierungsstrategien war nun zunehmend Erfolg beschieden, und es kündigte sich die Rückkehr des Politischen im Gewand des Popularen an. Das „empirische Gespenst“ des *demos* begann wieder den Rasen zu zertrampeln. Nun, da die alten Strategien der Politikverleugnung nicht mehr fruchteten, mussten die liberalen Antipopulisten einen Gang zulegen. Sie mussten wieder Politik machen, um Politikmachen blockieren zu können.

Im Ausgang dieser *zweiten* Phase der Postpolitik wandeln sich daher farblose Manager des neoliberalen Status quo wie Rutte, Macron oder Kurz ihrerseits zu Populisten und treten in Konkurrenz zu den „originalen“ Populisten wie Wilders, Marine Le Pen oder Heinz-Christian

Strache.<sup>18</sup> Auf diese Weise versuchen die zu Populisten konvertierten Antipopulisten der Rückkehr des Politischen Einhalt zu gebieten, was allerdings nur um den Preis gerade jener Politisierung gelingen kann, die sie eigentlich vermeiden möchten. Von diesen populistischen Antipopulisten wird die Spaltung der Gesellschaft beklagt und zugleich befördert.

Deutschland, so kann man vermuten, befindet sich heute im Übergang von der ersten zur zweiten Phase des postpolitischen Konsenses, wobei noch nicht entschieden ist, ob und inwieweit rechtsextreme Positionen in das politische Repertoire der Mitte-Parteien übernommen werden. Die Merkelsche Strategie der Postpolitik – präsidientielles Amtsverständnis und asymmetrische Demobilisierung des gegnerischen Lagers durch politische Diskursflucht – scheint jedenfalls an ihre Grenzen gelangt.

In vielen anderen europäischen Ländern ist die Entwicklung weiter fortgeschritten. Der in der zweiten Phase der Postpolitik neu entstandene Konsens der Mitte, der in Wahrheit nichts anderes ist als eine Verlagerung der Mitte an den rechten Rand, mag – vor allem, wo ihm von links nichts entgegengesetzt wird – auf den ersten Blick erdrückend erscheinen. Der Preis dieses Konsenses bestand allerdings in der Repolitisierung von Politik, im Wiedereinbrechen des Politischen in Gestalt des Popularen. Es ist daher nicht gesagt, dass mittelfristig nicht ein neues Vakuum links der rechtsextremen Mitte entstehen könnte. Aus den genannten Gründen werden die meisten sozialdemokratischen Parteien wohl kaum in der Lage sein, ein solches Vakuum zu füllen. Die Erfolge von Jean-Luc Mélenchon beziehungsweise seiner Bewegung La France insoumise in Frankreich und Podemos in Spanien verweisen aber darauf, dass es – in manchen nationalen Kontexten – durchaus von linkspopulistischen Parteien gefüllt werden kann.<sup>19</sup> Aufgrund der allgemeinen Repolitisierung scheint der Ausgang dieser Entwicklung noch keineswegs ausgemacht, und Überraschungen à la Corbyn sind ebenso möglich wie Überraschungen à la Trump.

<sup>16</sup> Laclau 2005 (Anm. 6), S. 255.

<sup>17</sup> Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt/M. 2007, S. 93.

<sup>18</sup> Im Unterschied zu Rutte und Kurz ist Macron bislang freilich weniger durch Übernahme ethnonationalistischer Mobilisierungsstrategien aufgefallen als durch die Neuerfindung des „Dritten Weges“ von Blair und Schröder, dies allerdings in populistischer Abgrenzung gegenüber „dem System“. Es bleibt zu sehen, inwieweit er in Phasen künftiger Bedrängnis das inhaltliche Repertoire Le Pens adaptiert.

<sup>19</sup> Vgl. Inigo Errejón/Chantal Mouffe, *Podemos. In the Name of the People*, London 2016.

#### OLIVER MARCHART

ist politischer Philosoph und Soziologe und Professor für Politische Theorie an der Universität Wien.

oliver.marchart@univie.ac.at

# POPULISMUS IN ECHTZEIT

## Analyse des TV-Duells und des TV-Fünfkampfs im Vorfeld der Bundestagswahl 2017

Thorsten Faas · Jürgen Maier · Michaela Maier · Simon Richter

Populistische Parteien sind auf dem Vormarsch. Der Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD), die bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent der Stimmen noch knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasste, zeugt davon: 12,6 Prozent der Zweitstimmen machten die AfD bei der Bundestagswahl 2017 zur drittstärksten Kraft im Parlament, in dem sie zukünftig mit über 90 Abgeordneten vertreten sein wird.

Im Wahlkampf 2017 wurde aber nicht nur mit Blick auf die AfD häufig der Vorwurf erhoben, die Partei sei oder agiere populistisch. Auch an die Adresse anderer Parteien und Politiker wurden mitunter Vorwürfe laut, eine bestimmte Behauptung oder Forderung sei „populistisch“. Der genaue Inhalt des Vorwurfs bleibt dabei häufig unklar, was unmittelbar zwei Fragen aufwirft, die wir im Rahmen dieses Beitrags näher betrachten wollen. Wie kann man „Populismus“ im Wahlkampf messen? Und wie weit verbreitet waren populistische Aussagen im Wahlkampf 2017 tatsächlich? Damit verbunden ergibt sich dann häufig eine dritte Frage: Wie gut kommen populistische Aussagen eigentlich in der Bevölkerung an?

Um diesen formulierten Fragestellungen auf den Grund gehen zu können, wollen wir einen sehr bestimmten Ausschnitt aus dem Bundestagswahlkampf 2017 herausgreifen: das TV-Duell zwischen Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) vom 3. September sowie den TV-Fünfkampf vom 4. September, an dem Vertreterinnen und Vertreter der anderen Parteien teilnahmen, nämlich Katrin Göring-Eckart für Bündnis 90/Die Grünen, Sahra Wagenknecht für Die Linke, Christian Lindner für die FDP, Alice Weidel für die AfD und Joachim Herrmann für die CSU.

Ereignisse wie dieses Duell und dieser Fünfkampf eignen sich besonders für eine detaillierte

Betrachtung von Wahlkämpfen, da sie sich – im Gegensatz zum sonstigen, in der Regel sehr unübersichtlichen Geschehen im Wahlkampf – sehr gut abgrenzen und damit analysieren lassen. Zudem lassen sich an ihrem Beispiel sowohl die Angebotsseite, also das Auftreten der Kandidierenden, als auch die Nachfrageseite, also die Reaktionen der Zuschauerinnen und Zuschauer, in den Blick nehmen. Genau das wollen wir im Rahmen dieses Beitrags tun, wobei wir auf eine einzigartige Kombination von Daten zurückgreifen können, die wir zunächst kurz vorstellen möchten.

### DATENGRUNDLAGE

Um der Frage nachzugehen, welchen Stellenwert populistische Aussagen im TV-Duell und im Fünfkampf hatten und welche Wirkung diese auf die Rezipienten ausübten, verknüpfen wir Daten aus drei verschiedenen Quellen: eine Inhaltsanalyse der Debatten, Umfragedaten rund um die Debatten und sogenannte *Real-time-response*-Daten, die wir während der Debatten erhoben haben. All diese Daten wurden im Rahmen des Moduls „TV-Duell“ der German Longitudinal Election Study erhoben.

#### Angebotsseite

Für die Analyse der Angebotsseite ist vor allem die Inhaltsanalyse von zentraler Bedeutung. Sie erlaubt uns zu prüfen, inwieweit die Kandidierenden in Duell und Fünfkampf in ihren Auftritten auf „Populismus“ setzten. Konkreter formuliert: Wie verbreitet waren populistische Aussagen im TV-Duell und im Fünfkampf?

Dazu haben wir im Zuge der Inhaltsanalyse den verbalen Inhalt des TV-Duells und des Fünfkampfs transkribiert und in einzelne Aussagen, sogenannte „Codiereinheiten“, zerlegt,

die die Analyseeinheit für die nachfolgenden Auswertungen der Angebotsseite bilden. Dabei gilt: Eine neue Codiereinheit beginnt immer dann, wenn der Sprecher wechselt, der Inhalt sich ändert, ein neues Bezugsobjekt in den Fokus genommen wird oder ein Sprecher seine Strategie ändert. In der Folge können Codiereinheiten unterschiedlich lang sein, etwa nur wenige Worte oder aber mehrere Sätze umfassen.

Empirisch haben wir für das TV-Duell 647 Codiereinheiten identifiziert; für den Fünfkampf waren es 466 Codiereinheiten. Für jede Codiereinheit wurde der Sprecher festgelegt und entschieden, inwieweit sie als populistisch zu werten ist oder nicht. Dies setzt ein Messinstrument für Populismus voraus. Wir haben uns dabei an der Definition und Operationalisierung der Politikwissenschaftler Jan Jagers und Stefaan Walgrave orientiert,<sup>01</sup> für die eine populistische Rhetorik durch drei Elemente gekennzeichnet ist, nämlich *erstens* den Bezug zum Volk oder den „einfachen“ Leuten, *zweitens* die Kritik am Establishment und *drittens* die Exklusion anderer, fremder Gruppen.

Darauf aufbauend wurde für jede der 647 Codiereinheiten im TV-Duell und jede der 466 Codiereinheiten im Fünfkampf festgehalten, ob sie a) explizit auf das deutsche Volk oder die „einfachen Leute“ bezogen ist, b) Eliten kritisiert werden, wie „das System“, politische, ökonomische oder kulturelle Eliten und ihre Handlungen und Entscheidungen oder c) explizit andere gesellschaftliche Gruppen oder Nationen ausgegrenzt werden.<sup>02</sup> Auf Basis dieser drei Dimensionen lassen sich dann wiederum verschiedene Typen des Populismus definieren:

- ein „dünnere“ Populismus, der sich auf die Bezugnahme auf das Volk oder die einfachen Bürger beschränkt;

**01** Vgl. Jan Jagers/Stefaan Walgrave, *Populism as Political Communication Style. An Empirical Study of Political Parties' Discourse in Belgium*, in: *European Journal of Political Research* 3/2007, S. 319–345. Siehe auch Franzisca Schmidt, *Drivers of Populism – A Four Country Comparison of Party Communication in the Run-up to the 2014 European Parliament Elections*, in: *Political Studies* 2017 (i. E.).

**02** Zur Überprüfung der Intercoder-Reliabilität wurden 30 Prozent aller vollständigen Aussagen zufällig ausgewählt und erneut codiert. Die Reliabilität für die Populismus-Variablen liegt zwischen 0,91 und 0,98 (Holsti-Formel) beziehungsweise 0,82 und 0,91 (Krippendorff).

- ein antielitistischer Populismus, der neben der Bezugnahme auf das Volk oder die „einfachen“ Bürger auch die Kritik an Eliten umfasst;
- ein exklusionistischer Populismus, der sich über die Bezugnahme auf das Volk oder die einfachen Bürger hinaus auch durch die Ausgrenzung anderer Gruppen oder Nationen auszeichnet;
- ein „dicker“ Populismus, der alle drei Dimensionen umfasst.

### Nachfrageseite

Um im zweiten Schritt die Nachfrage nach Populismus und, damit verbunden, Zuschauerreaktionen auf populistische Aussagen messbar zu machen, die von der politischen Angebotsseite kommen, genügt die Inhaltsanalyse alleine nicht. An dieser Stelle kommen die Befragungs- und *Real-time-response*-Daten ins Spiel. Beide Datentypen stammen aus einer Studie, die wir am Abend des Duells an den Standorten Landau und Mainz durchgeführt haben. Insgesamt haben 195 Personen das TV-Duell am 3. September live in Räumlichkeiten an den beiden Universitäten verfolgt; 68 von ihnen haben – dann nur noch an der Universität Mainz – auch den Fünfkampf am darauffolgenden Tag gesehen.

Die Rekrutierung der Untersuchungsteilnehmer erfolgte im Vorfeld der beiden Ereignisse auf Basis vorab definierter Quoten, die die Merkmale Alter, Bildung, Geschlecht und Parteiidentifikation umfassten. Mit Flyern, Postern, redaktionellen Beiträgen in Print- und Rundfunkmedien sowie teils gesponserten Einträgen in sozialen Medien (vor allem auf Facebook) wurde für die Untersuchung geworben.<sup>03</sup>

**03** Die Ergebnisse sind damit nicht repräsentativ für die Bevölkerung insgesamt oder auch die Bevölkerung in Mainz oder Landau. Repräsentativität steht allerdings nicht im Fokus unserer Studie. Uns geht es vielmehr darum zu verstehen, welche Mechanismen die Wahrnehmung, Verarbeitung und Wirkung von Medieninhalten prägen, etwa unter dem hier angelegten Blickwinkel des Populismus und seiner Folgen. Darüber hinaus gilt: Da wir keine Hinweise haben, dass Personen, die die TV-Debatten nicht unter diesen kontrollierten Bedingungen verfolgt haben, anders mit den Inhalten der Sendungen umgehen, als solche, die dies tun, sind unsere Befunde durchaus aussagekräftig für die Grundgesamtheit der Debattenrezipienten. Vgl. hierzu auch Marcus Maurer/Carsten Reinemann, Schröder gegen Stoiber: Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Wiesbaden 2003, S. 61.

In einem Fragebogen, den wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Studie direkt vor dem TV-Duell vorgelegt haben,<sup>04</sup> haben wir auch „populistische Einstellungen“ erhoben. Diese können entlang von drei Dimensionen gemessen werden und spiegeln damit die drei Dimensionen der Inhaltsanalyse wider, die wir bereits skizziert haben, nämlich *erstens* die Forderung nach Souveränität des Volkes, *zweitens* negative Einstellungen gegenüber dem Establishment beziehungsweise Eliten sowie *drittens* der Glaube an die Homogenität und den guten Charakter des (eigenen) Volkes.<sup>05</sup> Wir haben diese Dimensionen mithilfe von jeweils drei Items erfasst. Aus den individuellen Mittelwerten auf den drei Dimensionen wurde für jeden Probanden ein Gesamtmittelwert gebildet, der den Grad seiner populistischen Einstellungen vor dem TV-Duell messen soll.

Für die *Real-time-response*-Messung, mit deren Hilfe unsere Testzuschauer während der Debatten ihre Eindrücke sekundengenau und in Echtzeit dokumentieren sollten, wurden die Teilnehmer der Untersuchung gebeten, die Kandidaten während der Sendung zu bewerten. Dazu nutzte ein Teil der Probanden ein Sendergerät mit einem Drehregler. Die Probanden in Landau wurden dabei instruiert, den Regler immer dann von der Mittelposition (identifiziert mit dem numerischen Wert 4) nach links zu drehen, wenn sie gerade einen guten Eindruck von Martin Schulz oder einen schlechten Eindruck von Angela Merkel hatten; umgekehrt sollten sie den Regler nach rechts (bis auf maximal 7 drehen), wenn sie einen guten Eindruck von Merkel beziehungsweise einen schlechten Eindruck von Schulz hatten. Probanden, die in Mainz mit Drehreglern ihre Eindrücke dokumentierten, sollten den Regler nach links drehen, wenn ihnen – unabhängig von der Person – das momentan Wahrgenommene nicht gefiel, und nach rechts, wenn ihnen gut gefiel, was sie gerade wahrnahmen. Insgesamt umfasst die Skala den Wertebereich von 1 für einen sehr schlechten Eindruck bis 7 für

einen sehr guten Eindruck. Diese abweichenden Instruktionen zwischen Mainz und Landau waren notwendig, da ein Teil der Mainzer Probanden einen Tag nach dem TV-Duell auch den Fünfkampf mit dem Drehregler-System bewerten sollte und hier eine 1:1-Verknüpfung der Drehrichtungen mit fünf Kandidaten nicht möglich war.

Ein weiterer Teil der Probanden konnte durch ein Druckknopf-System ihre Echtzeitreaktionen protokollieren. Dabei standen den Probanden je ein Knopf – markiert auf herkömmlichen Computertastaturen – für positive sowie für negative Eindrücke zur Verfügung. Alle Probanden wurden vor dem Schauen des TV-Duells instruiert, alle positiven oder negativen Eindrücke zu protokollieren. Was einen positiven oder negativen Eindruck ausmacht, wurde den Probanden bewusst nicht vorgegeben, da die subjektiven Eindrücke der Probanden im Vordergrund standen.

Die aufgezeichneten Daten ergeben ein sekundengenaueres Bild der Reaktionen der Probanden auf die TV-Debatten. Diese Form der Messung von Echtzeitreaktionen wurde bereits im Rahmen mehrerer TV-Duell-Studien erfolgreich eingesetzt,<sup>06</sup> sie produziert – trotz der skizzierten Unterschiede im Detail – auch über verschiedene Instruktionen und Messverfahren hinweg valide und reliable Ergebnisse zu Zuschauerreaktionen auf Medieninhalte.<sup>07</sup>

Im Folgenden werden wir diese drei Datenquellen bündeln und so Angebots- und Nachfrageseite des Populismus miteinander in Verbindung bringen und gemeinsam analysieren: Die Messergebnisse wurden sekundengenau erfasst, sodass die Reaktionen der Untersuchungsteilnehmer in Kombination mit der Inhaltsanalyse Aufschluss darüber geben, welche Aussagen der Kandidaten welche Wirkung hatten. Aus den Befragungsdaten wissen wir zudem, welche Zuschauer selbst eher zu Populismus neigen als andere. Auf Basis dieser Daten können wir uns nun der Analyse, zunächst der Angebotsseite, zuwenden.

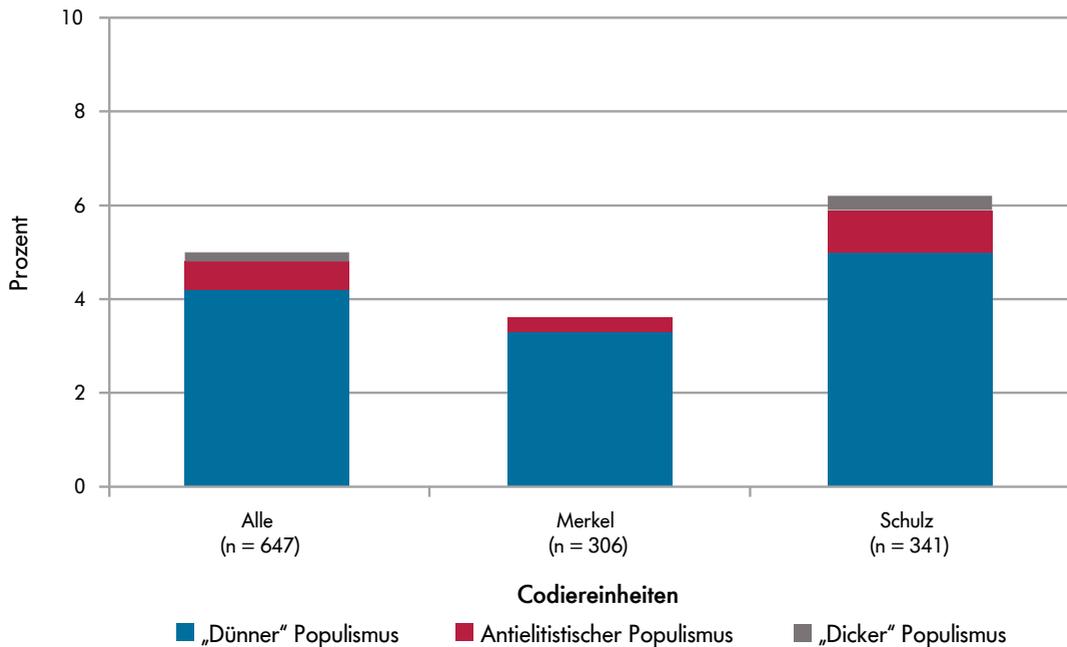
**04** Weiterhin wurden die Teilnehmer der Untersuchung direkt nach dem Duell, wenige Tage nach dem Duell und direkt nach der Wahl nochmals befragt. Diese Erhebungswellen spielen in den nachfolgenden Analysen aber keine Rolle.

**05** Vgl. Anne Schulz et al., *Measuring Populist Attitudes on Three Dimensions*, in: *International Journal of Public Opinion Research* 2017 (nur online).

**06** Vgl. Thorsten Faas/Jürgen Maier/Michaela Maier (Hrsg.), *Merkel gegen Steinbrück. Analysen zum TV-Duell vor der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden 2017.

**07** Vgl. Jürgen Maier et al., *Reliability and Validity of Real-Time Response Measurement: A Comparison of Two Studies of a Televised Debate in Germany*, in: *International Journal of Public Opinion Research* 18/2007, S. 53–73.

Abbildung 1: Populistische Rhetorik im TV-Duell



Quelle: German Longitudinal Election Study, Modul „TV-Duell“.

### POPULISMUS IM TV-DUELL UND IM FÜNFKAMPF

Wie häufig haben die Kandidaten in Duell und Fünfkampf bei ihrer Argumentation populistische Rhetorik eingesetzt? Wie skizziert, eignen sich die von uns inhaltsanalytisch erfassten Merkmale der Kandidatenaussagen dazu, verschiedene Facetten von populistischer Rhetorik nachzuzeichnen. Wir unterscheiden dabei zwischen einem „dünnen“, einem antielitistischen, einem exklusionistischen sowie einem „dicken“ Populismus.

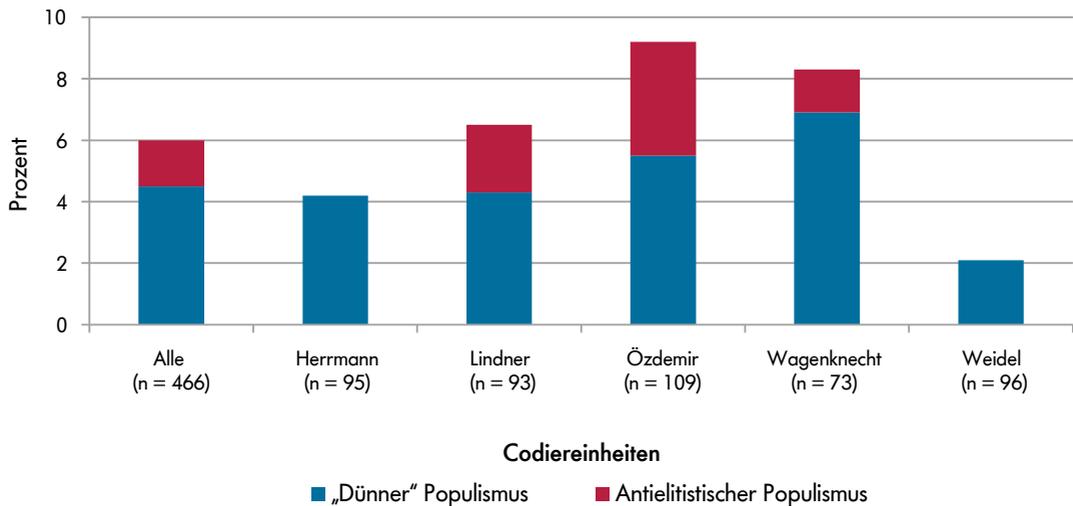
Insgesamt wiesen fünf Prozent aller Kandidatenaussagen im TV-Duell populistische Elemente auf (Abbildung 1). Am häufigsten finden sich darin Aussagen, die wir als „dünnen“ Populismus klassifizieren – in denen also „nur“ ein Bezug zu Volk oder einfachen Bürgerinnen und Bürgern hergestellt wird (4,2 Prozent). Dabei schwingt in der Bezeichnung als „dünn“ ein gewisser Zweifel mit, ob es sinnvoll ist, das alleine schon als Populismus zu zählen. Die Politikwissenschaftlerin Franzisca Schmidt argumentiert denn auch, dass „es für einen politischen Akteur fast unmöglich ist, die Bürger zu erreichen, ohne

seine Nähe zu den Bürgern hervorzuheben“. Folglich könne man die „dünne“ Variante des Populismus auch als eine „normale Kommunikationstechnik“, weniger als substantiellen Populismus deuten.<sup>08</sup>

Vor diesem Hintergrund sind die weiteren Typen populistischer Rhetorik von großem Interesse, in denen nämlich die Volks- oder Bürgernähe mit weiteren Stilelementen populistischer Rhetorik kombiniert wird. Solche Äußerungen sind allerdings nur in sehr geringen Dosen im TV-Duell zu beobachten: Volks- oder Bürgernähe in Kombination mit Elitenkritik (antielitistischer Populismus) kommt im TV-Duell in 0,6 Prozent aller Aussagen vor, die Verknüpfung von Volk beziehungsweise Bürgern mit der Ausgrenzung anderer Gruppen oder Nationen (exklusionistischer Populismus) ist überhaupt nicht zu erkennen; die Verbindung von allen drei Elementen („dicker“ Populismus) erfolgt in 0,2 Prozent aller Aussagen. Dass dabei Martin Schulz etwas häufiger von populistischen Strategien Gebrauch macht als Angela Merkel, fällt vor dem Hintergrund der

<sup>08</sup> Schmidt (Anm. 1), S. 4. Siehe auch Jagers/Walgrave (Anm 1).

Abbildung 2: Populistische Rhetorik im TV-Fünfkampf



Quelle: German Longitudinal Election Study, Modul „TV-Duell“.

skizzierten Häufigkeiten und der auftretenden marginalen Unterschiede praktisch nicht ins Gewicht.

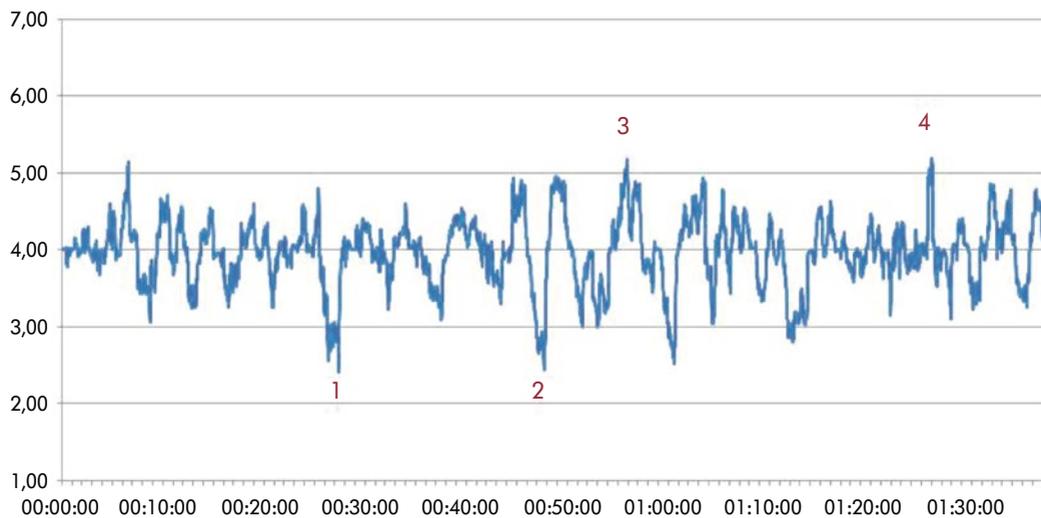
Nun könnte man vermuten, dass das Kanzlerduell zwischen Merkel und Schulz weniger „anfällig“ für populistische Rhetorik war, immerhin trafen hier die beiden Kontrahenten im Rennen um das Amt des Bundeskanzlers aufeinander, denen populistische Argumentationsfiguren möglicherweise nicht gut zu Gesicht stehen. Noch dazu kamen beide aus einer gemeinsamen Großen Koalition, was populistischen Strategien ebenfalls Grenzen setzen mag. Umso spannender ist der Blick auf den TV-Fünfkampf, auf den diese beiden einschränkenden Faktoren gerade nicht zutreffen und in dem noch dazu mit Alice Weidel als Spitzenkandidatin der AfD eine Vertreterin einer rechtspopulistischen Partei vertreten war.

Umso bemerkenswerter ist vor diesem Hintergrund der Befund, dass für den Fünfkampf sehr ähnliche Werte zu beobachten sind (Abbildung 2). Der Anteil aller populistischen Aussagen liegt bei sechs Prozent. Auch hier ist „dünnere“ Populismus mit einem Anteil von 4,5 Prozent die am häufigsten zu beobachtende Variante, gefolgt von antielitistischem Populismus mit 1,5 Prozent. Exklusionistischer und „dicker“ Populismus waren im Fünfkampf nicht zu beobachten.

Ein differenzierender Blick auf die einzelnen Kandidaten zeigt, dass populistische Rhetorik am häufigsten von Cem Özdemir (9,2 Prozent) und Sahra Wagenknecht (8,3 Prozent) eingesetzt wurde, gefolgt von Christian Lindner (6,5 Prozent) und Joachim Herrmann (4,2 Prozent). Alice Weidel als Spitzenkandidatin der AfD liegt mit 2,1 Prozent auf dem letzten Platz. Diese Reihenfolge zeigt sich auch, wenn man den „dünnen“ Populismus außen vor lässt und nur den antielitistischen Populismus betrachtet, dann allerdings auf deutlich geringerem Niveau.

Insgesamt zeigt die Reihung, dass Vertreter linker Parteien offenkundig häufiger auf populistische Figuren – gerade in der „dünnen“ Variante – zurückgreifen, was im Lichte ihrer historischen Entstehung nicht überraschend ist. Dass Alice Weidel von der AfD allerdings auf dem letzten Platz landet, wirft Fragen auf, die weitere Forschungen thematisieren werden müssen: Agieren Parteien wie die AfD und ihr Spitzenpersonal in solchen öffentlichen, reichweitenstarken Runden strategisch und verzichten – entgegen ihrer sonstigen Auftritte – auf populistische Rhetorik? Ist die hier verwendete Ebene der Aussagen zu kleinteilig, um das Bild valide nachzuzeichnen? Oder stimmt möglicherweise die öffentliche Zuordnung von Attributen der Kategorie „rechtspopulistisch“ nur bedingt?

Abbildung 3: „Fieberkurve“ des TV-Duells 2017



Quelle: German Longitudinal Election Study, Modul „TV-Duell“.

### WIRKUNG POPULISTISCHER AUSSAGEN

Selbst wenn populistische Aussagen sparsam eingesetzt werden, können sie eine Wirkung entfalten. Deshalb untersuchen wir im nächsten Schritt, wie die Zuschauer der TV-Debatten auf die Inhalte reagiert haben: Wie werden die populistischen Aussagen bewertet, die während des Duells gemacht wurden? Welche Rolle spielen dabei populistische Neigungen aufseiten der Empfänger? Wir vermuten dabei, dass Probanden, die populistische Einstellungen haben – also der Auffassung sind, dass das Volk anstelle von Politikern zentrale politische Entscheidungen treffen sollte, die politischen Eliten negativ bewerten und der Auffassung sind, dass es einen homogenen Volkswillen gibt – in stärkerem Maße für populistische Rhetorik empfänglich sind als Personen, die solche Einstellungen nur in abgeschwächter Form oder überhaupt nicht aufweisen. Um dieser Hypothese nachzugehen, verwenden wir die oben skizzierten, vor der Debatte erhobenen Items zur Messung populistischer Einstellungen.

In *Abbildung 3* sind die Ergebnisse der Landauer Versuchsgruppe dargestellt, die während des TV-Duells ihre Regler immer dann nach links drehten, wenn sie gerade einen guten Eindruck von Martin Schulz beziehungsweise ei-

nen schlechten Eindruck von Angela Merkel hatten, und nach rechts drehten, wenn sie einen guten Eindruck von Angela Merkel beziehungsweise einen schlechten Eindruck von Martin Schulz hatten. Diese Art der Instruktion eröffnet uns einen ersten Zugriff auf die *Real-time-response*-Daten, etwa um besonders markante Stellen des Duells unmittelbar identifizieren zu können.<sup>09</sup>

In *Abbildung 3* sind vier Stellen des Duells markiert, an denen sich starke positive Ausschläge für Martin Schulz (Markierungen 1 und 2) und Angela Merkel (Markierungen 3 und 4) zeigen. Was sagten Schulz und Merkel zu diesen Zeitpunkten? An Stelle 1 sagte Martin Schulz: „Wer unter Bezug auf das Grundgesetz und die Religionsfreiheit im Grundgesetz andere Grundrechte, die im Grundgesetz definiert sind, einschränken will, zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der hat in Deutschland nichts verloren.“ An Stelle 2 sagte Schulz: „Wenn Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, die unschuldig in Haft gehalten werden, nicht mehr sicher sein können, dass der deutsche Staat sie in der Türkei schützt, weil dort ein autokratischer Herrscher willkürlich Leute verhaftet, dann

<sup>09</sup> Die substanzialen Ergebnisse werden durch diese Auswahl allerdings nicht berührt; die Messwerte der Echtzeitmessung sind über die verschiedenen Verfahren hinweg hoch korreliert.

ist der Punkt erreicht, wo die Bundesrepublik Deutschland sagen sollte: Wir brechen die Beitrittsverhandlungen ab.“

Für Angela Merkel sind folgende beiden Stellen besonders markant: „Ich glaube nicht, dass man ohne den amerikanischen Präsidenten diesen Konflikt lösen kann. Aber ich glaube, dass man in aller Klarheit sagen muss: Für uns kommt nur eine friedliche diplomatische Lösung in Betracht. Dazu habe ich heute mit dem französischen Staatspräsidenten telefoniert (...), ich werde morgen auch mit Donald Tusk reden (...), ich werde mit dem russischen Präsidenten sprechen, mit dem chinesischen Präsidenten, natürlich mit Japan und Südkorea. Aber auch mit dem amerikanischen Präsidenten. Denn hier hängt sehr viel davon ab, dass wir wirklich zu einer friedlichen Lösung kommen.“ Sowie: „Sich an diesen Terror zu gewöhnen, würde bedeuten, unsere Art zu leben aufzugeben. Und deshalb ein klares Nein. Alles was in unserer Macht steht, sich diesem Terror entgegen zu stellen. Und ansonsten sehr bewusst für unsere Art zu leben werben.“

Alle vier Aussagen stammen im weitesten Sinne aus dem Feld der internationalen Zusammenarbeit und des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und sind nicht durch ein auffallend hohes Maß an Präzision und Detailliertheit geprägt. Im hiesigen Kontext entscheidend ist die Frage: Sind sie populistisch? Tatsächlich erweist sich die zweite Aussage von Martin Schulz als populistisch, nimmt er doch hier Bezug auf „Bundesbürgerinnen und Bundesbürger“, die „der deutsche Staat“ in der Türkei vor dem dortigen „autokratischen Herrscher“ nicht mehr schütze. Die anderen drei zitierten Aussagen dagegen zeichnen sich nicht durch populistische Rhetorik aus. In Summe heißt das als Zwischenfazit mit Blick auf das Duell, gerade auch vor dem Hintergrund der sehr spärlich eingesetzten populistischen Argumente, dass populistischen Aussagen durchaus Überzeugungspotenzial innewohnt: Immerhin eine von vier besonders positiv bewerteten Aussagen trägt entsprechende Züge. Deterministisch funktioniert dies allerdings keineswegs.<sup>10</sup>

**10** Das zeigt nicht zuletzt auch die einzige Aussage, die einem „dicken“ Populismus entspricht. Hier sagt Martin Schulz: „Was wir erlebt haben, da sind wir ja einer Meinung, ist: da sind hochbezahlte Manager, die haben betrogen, geschummelt, gefährden die ganzen Belegschaften, die Leute, die da arbeiten, kriegen sie

Das bestätigt die Analyse des Fünfkampfs. Die am besten bewertete Aussage stammte von Cem Özdemir, als dieser sagte: „Warum reden wir nicht darüber, dass wir in dieses Land noch Waffen liefern? Ich würde das einstellen. Ich würde sagen, in Deutschland hat Geld aus Saudi-Arabien, aus den Golfstaaten, nichts verloren, in keiner Moschee, übrigens auch nicht irgendwo anders in der Europäischen Union. Ich würde sagen, die muslimischen Organisationen in Deutschland müssen zu inländischen Organisationen werden, von in Deutschland lebenden Muslimen, verbunden mit einem ernsthaften Integrationsangebot. Also wir reden da sehr viel an der Oberfläche und packen nicht die eigentlichen Probleme an.“

An zweiter Stelle folgt Christian Lindner mit folgender Aussage: „Und mein zweiter Aspekt ist: Wir müssen natürlich die Polizei personell stärken. Uns fehlen 15 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Deutschland. Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren verändert. Also müssen wir die Stärke der Polizei anpassen. Angesichts des Fachkräftemangels, den wir haben, werden wir neu denken müssen. Nach meiner Auffassung werden wir diesen Personalaufwuchs nur schaffen, wenn das Abitur nicht die alleinige Einstellungsvoraussetzung ist. Auch aus einem guten Realschüler kann auch ein guter Polizist werden, und das wäre auch ein Stück Respekt gegenüber dem mittleren Schulabschluss.“

Sahra Wagenknechts Aussage, die die meisten positiven Reaktionen hervorrief, lautete: „Und bei der AfD muss ich sagen: Wer nur über Abschottung redet, wer einfach nur glaubt, man macht alles dicht und dann ist das Problem gelöst, also das ist ein zutiefst inhumaner Ansatz, weil so löst man eben keine Probleme.“

Auch Joachim Herrmanns am besten bewertete Aussage stammt aus dem Kontext der Debatte zur Polizei und zur inneren Sicherheit: „Die Polizeibeamten haben heute eine unheimlich starke Belastung, die leisten immer noch einen großartigen Dienst. Und ich denke, es ist wichtig, dass wir deutlich machen: ‚Dieser Staat steht hin-

in den Kneipen drauf, die seien die Drecksproduzenten. Was also echt unfair ist, denn die Belegschaften leiden darunter.“ Die Aussage wird zwar auch positiv für Martin Schulz bewertet (mit einem Mittelwert von 3,17 liegt sie unterhalb der mittleren Kategorie von 4), allerdings nicht extrem positiv.

ter den Polizeibeamten‘, wir wollen, dass sie ordentlich ihren Dienst verrichten.“

Die am besten bewertete längere Aussage von Alice Weidel ist die folgende: „Genau wie Sie in Ihrer Partei, liebe Frau Wagenknecht, ein Einzelfall sind, so reden wir auch in unserer Partei von 28 000 Parteimitgliedern von Einzelfällen. Da ziehen wir im Bundesvorstand sehr klare Linien durch Parteiordnungsverfahren, davon kann man ja auch immer wunderbar in der Zeitung nachlesen.“ Allerdings muss festgehalten werden, dass diese Aussage im Vergleich zu den Aussagen der anderen Parteivertreter deutlich schlechter bewertet wird.

Zeichnen sich diese fünf Aussagen durch Populismus aus? Das Bild ähnelt dem Ergebnis beim TV-Duell: Eine der fünf Aussagen, nämlich jene von Joachim Herrmann, haben wir als populistisch markiert, die anderen vier dagegen nicht.

Mit Blick auf die Bewertung populistischer Aussagen fällt auf, dass populistische Aussagen sowohl beim TV-Duell als auch beim TV-Fünfkampf im Mittel etwas besser bewertet werden als nichtpopulistische Aussagen – und zwar unabhängig davon, ob die Befragten mit Drehreglern oder Druckknöpfen ausgestattet waren; die Bewertungsunterschiede erweisen sich dabei auch als statistisch signifikant. Dieser Befund gilt dabei unabhängig von individuellen Umständen. Wenn wir die Bewertung populistischer Aussagen von Merkel und Schulz durch unsere Probanden danach unterteilen, ob die Probanden selbst zu Populismus neigen oder nicht, finden wir praktisch keine Unterschiede in den Bewertungen der von den Kandidaten getroffenen Aussagen.

## FAZIT

Den derzeit vieldiskutierten Populismus und seine Folgen zu messen, stellt eine beachtliche Herausforderung dar, derer wir uns am Beispiel von TV-Duell und Fünfkampf im Bundestagswahlkampf 2017 gestellt haben. Weder das Duell noch der Fünfkampf waren durch ein hohes Maß an populistischen Aussagen geprägt – vor allem war es nicht die Kandidatin der AfD, die auf diese rhetorische Strategie zurückgegriffen hat.

Angesichts der festgestellten Wirkung populistischer Aussagen wäre das mitunter jedoch keine schlechte Strategie gewesen, denn unsere Untersuchung hat gezeigt, dass populis-

tische Aussagen auch in den Sekunden, in denen sie getroffen werden, durchaus besser bewertet werden als andere Aussagen. Und dies gilt nicht nur für Zuschauerinnen und Zuschauer, die selbst zu Populismus neigen, sondern für alle Befragten. Die Beantwortung der Frage, wie mit Populismus umzugehen ist, drängt also umso mehr. Um sie zu beantworten, bleibt viel zu tun – für die Wissenschaften und weit darüber hinaus.

### THORSTEN FAAS

ist Professor für Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.  
thorsten.faas@gmail.com

### JÜRGEN MAIER

ist Professor für Politische Kommunikation an der Universität Koblenz-Landau.  
maierj@uni-landau.de

### MICHAELA MAIER

ist Professorin für Angewandte Kommunikationspsychologie an der Universität Koblenz-Landau.  
mmaier@uni-landau.de

### SIMON RICHTER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft im Bereich „Empirische Politikforschung“ an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.  
simon.richter@politik.uni-mainz.de

## ESSAY

# ANTIPOLITIK UND POSTMODERNE RINGKAMPF-UNTERHALTUNG

*Paula Diehl*

Seit dem Beginn seiner Präsidentschaft hat Donald Trump viele Grenzen des Machbaren und Sagbaren in der US-amerikanischen Politik überschritten. Seine Attacken auf die Medien, seine Lügen und seine aggressive Rhetorik sowie seine Inszenierung als jemand, der sich nicht um die Politik schert, sind bekannt. Sie sind antipolitisch, und sie sind unterhaltsam.

Doch eine seiner Darbietungen ist besonders bemerkenswert: Im Juni 2017 twitterte Trump zunächst von seinem persönlichen Account, dann vom offiziellen Twitter-Account des US-Präsidenten, ein Video. Dabei handelte es sich um einen kurzen Wrestling-Clip, in dem Trump selbst gewalttätig wird, indem er einen Mann, der in Anzug und Krawatte neben einem Boxing steht, überwältigt und auf ihn einprügelt. Wer dieser Mann ist, erfährt man im Tweet nicht, sein Gesicht wird vom CNN-Logo überdeckt. Kommentiert wird der Tweet mit dem Hashtag „FraudNewsCNN“. „Fraud“ heißt übersetzt Betrug.

Drei Aspekte sind hervorzuheben: *Erstens* ist das Video vor allem wegen seiner physischen Gewalt für eine Botschaft eines Präsidenten außergewöhnlich; *zweitens* wird ein antipolitisches Narrativ verwendet, in dem die Medien und das Establishment die Betrüger sind; und *drittens* wird im Video eine Zwischenwelt inszeniert, bei der unsicher ist, ob sie Realität, Parodie oder Fiktion ist. In einer solchen Kombination ist der Tweet antipolitisch und zugleich politisches Statement gegen „die Medien“. Inzwischen wurde der Tweet aus beiden Accounts entfernt – die Zäsur aber bleibt: Die Grenzen zwischen Politik und Unterhaltung, Realität und Fiktion, Privatem und Öffentlichem wurden verschoben. Was verrät ein solches Phänomen über die politische Kultur und was bedeutet es für die Demokratie?

## RINGKAMPF UND REALITYSHOW

Solche Grenzverschiebungen sind nicht neu. Wir kennen sie von Silvio Berlusconi, Nicolas Sarkozy und Gerhard Schröder.<sup>01</sup> Alle drei vermischten Unterhaltung mit Politik, inszenierten sich als Privatmenschen in der Öffentlichkeit und spielten mit dem Übergang von Realität zur Fiktion.

Der Auftritt Gerhard Schröders, der in der Fernsehserie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ während des Bundestagswahlkampfs 1998 sich selbst spielte, ist legendär. Schröder machte es damit schwierig, zu unterscheiden, ob er als reale Person oder als fiktive Figur wahrgenommen werden sollte. Eine solche Verwischung von Realität und Fiktion ist auch das Markenzeichen von Donald Trump als massenmediale Celebrity. Doch das Neue an Trumps Tweet ist, dass der Unterhaltungswert aus einer spezifischen Mischung aus Gewalt, Aggressivität und Macht gezogen wird und dabei Antipolitik als eine entscheidende Komponente beigegeben wird. Gemeinsam bilden Unterhaltung und Antipolitik eine Welt, die sich nicht unbedingt als real darstellt, aber dafür in schrillen Farben erscheint. Politisch relevant ist, dass diese Welt die Politik insgesamt zu diskreditieren versucht.

Trumps Kommunikationsstil ist von Übertreibung, Verrohung der Sprache und vom Hang zum Irrealen geprägt. Ein solches Verhalten scheint nicht aus dem Weißen Haus, sondern aus einer postmodernen Gladiatorenarena zu kommen. Die Figuren, die in solchen Arenen antreten, sind wie die eines Comics: Sie sind überzeichnet, fiktional, ironisch, und sie passen in das Schema Gut und Böse, Oben und Unten. Entweder ist man der Sieger oder eben – wie es Trump zu sagen pflegt – der „Loser“. Der Unterhaltungswert dieser Art Inszenierungen liegt in einer Kombination aus Erniedrigung, Aggressivität und Übertreibung.

Bei Trumps CNN-Tweet verhält es sich ähnlich. Das ursprüngliche Video stammt von einem

Wrestling-Event von 2007, das in den USA stattfand. Wrestling-Shows etablierten sich als Fernsehunterhaltung in den 1990er Jahren. Wrestling ist eine Mischung aus Sport, Karneval und Realityshow. Dabei treten meist zwei Kämpfer gegeneinander an, vorwiegend in Kostümen, die an Superhelden erinnern. Es gibt kaum Regeln für den Kampf: Erlaubt ist alles, was dem anderen schadet. Die Kämpfe finden vorwiegend in einem Boxring statt und werden live im Fernsehen übertragen.

Die Anthropologin Annette Hill interviewte für eine Studie Zuschauer und Produzenten solcher Ringkämpfe. Die Anziehungskraft des Formats wird von einem Manager der Produktionsfirma zusammengefasst: „Die Welt hat für ein paar Stunden keine Bedeutung mehr. Du kannst sie vergessen. Das ist alles, was im Moment zählt: Gut gegen Böse. Konflikte werden mit Gewalt gelöst, es gibt ein einfaches Drama.“ Hill spricht von einem „überwältigenden, chaotischen Ereignis“, in dem Gefühle unkontrolliert erlebt werden können.<sup>02</sup>

Im angesprochenen Wrestling-Event von 2007 tritt Donald Trump als Celebrity und „Milliardär“ auf. Zur selben Zeit war er Gastgeber von „The Apprentice“, einer Realityshow, in der Trump Manager für sein eigenes Unternehmen suchte. Höhepunkte dieser Sendung waren die Sätze „you are a loser“ und „you are fired“. Erniedrigung, Scham und Siegerposen gehörten zu den wichtigsten dramaturgischen Elementen. Die Sequenzen, die im Tweet von 2017 zu sehen waren, sind nur eine Kostprobe seines aggressiven Auftritts 2007. Der Videomitschnitt der Veranstaltung zeigt etwa, wie Trump den Chairman des Medienunternehmens World Wrestling Entertainment, Vincent McMahon, außerhalb des Ringes angreift und zu Boden zwingt. „Loser“ und „Winner“ werden klar markiert: Der Sieger, Donald Trump, steht auf und macht Drohgebärden in die Kamera, der Verlierer, McMahon, bleibt auf dem Boden liegen. Höhepunkt der Sendung war nicht wie erwartet der Sieg eines der beiden Wrestler, sondern die Erniedri-

gung McMahons durch Donald Trump. Zusammen mit zwei anderen Wrestlern rasiert Trump den Kopf seines Kontrahenten, der wiederum winselt und schreit.

Erniedrigungspraktiken sind fester Bestandteil solcher Shows. Bei den Gewaltausbrüchen, Beschimpfungen und Schreien der Wrestler bekommt das Fernsehpublikum das Gefühl, unmittelbar dabei zu sein, und das Video erscheint als ungefiltertes Material. Die Zuschauerinnen und Zuschauer erleben ein Wechselbad der Gefühle, das für Reality-TV und vor allem für Wrestling-Events typisch ist. Hill spricht hier vom „kontrollierten Chaos“, in dem die Zuschauer rasch zwischen Hass und Liebe hin und her springen.<sup>03</sup>

Es steht außer Frage, dass solche Unterhaltungsformate zur Verrohung sowohl des Verhaltens als auch der Wahrnehmung des Publikums beitragen. Das Publikum gewöhnt sich an die physische Gewalt, selbst wenn diese nur gespielt ist, es genießt Erniedrigungsrituale und konsumiert die Verachtung der Schwachen als Quelle der Unterhaltung. In der Arena wird diese Verrohung sogar mit der aktiven Teilnahme der Zuschauer intensiviert. Hier kann das Publikum seine Aggressivität entladen, ohne schwerwiegende Konsequenzen zu befürchten. Zuschauer beschimpfen die Gegner, machen Drohgebärden und können sogar ins Kampfgeschehen eingreifen. Die Rolle der Mediatoren und Wrestler beschränkt sich nicht mehr darauf, die Kämpfer anzupreisen und den Kampf zu inszenieren, sie sollen ebenso die Zuschauer anfeuern.

## POSTMODERNE GLADIATOREN IN DER POLITIK

Trumps Auftritte bei Massenkundgebungen folgen diesem Schema. Er feuert seine Anhänger an, seine nicht anwesenden Kontrahenten zu beschimpfen und ihnen Buhrufe zu erteilen. Trumps Reden sind auf seine politischen Feinde fokussiert, die er beleidigt und bedroht. Sie sind Berlusconi Beschimpfungen von Intellektuellen und Linkspolitikern ähnlich, aber sie haben einen höheren Grad an Aggressivität und preisen Gewalt an. Während sich Berlusconi über linke Politikerinnen und Politiker lustig macht, weil sie nur Brot mit Mortadella essen und sich damit als arme Versager offenbaren würden, mobilisiert Trump

**01** Vgl. Paula Diehl, Zwischen dem Privaten und dem Politischen. Die neue Körperinszenierung der Politiker, in: Sandra Seubert/ Peter Niesen (Hrsg.), Die Grenzen des Privaten, Baden-Baden 2010, S. 251–265.

**02** Annette Hill, Spectacle of Excess. The Passion Work of Professional Wrestlers, Fans and Anti-Fans, in: European Journal of Cultural Studies 2/2015, S. 174–189, hier S. 180f.

**03** Ebd. S. 182.

in seinen Angriffen Gewaltfantasien: „Sperrt sie ein“ wurde 2016 zum Hauptmotto in seinem Wahlkampf gegen Hillary Clinton. Selbst als Präsident bedient sich Trump dieser Technik und schreckt nicht davor zurück, die Aggression des Publikums auf anwesende Journalistinnen und Journalisten zu richten. Trumps Inszenierungen sind überzeichnet, aber gerade deswegen sind sie interessant: Hier lässt sich analysieren, wie sich die Gewalt und Verrohung der Gladiatorenarena auf die politische Kultur auswirken.

Auch in Deutschland kann man die Zunahme der verbalen und symbolischen Gewalt beobachten. Kein Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik wurde von so vielen Sachbeschädigungen und Gewaltandrohungen gegen Politiker begleitet wie der von 2017. Vor allem bei Pegida-Demonstrationen und AfD-Kundgebungen waren verbale Gewalt und Drohungen auffällig. Es kam sogar vor, dass Journalisten bedroht und physisch angegriffen wurden. Die Zunahme von gegen Merkel gerichteten Drohungen und Plakaten mit der Darstellung der Kanzlerin am Galgen sind weitere Beispiele. Das Problematische ist dabei offensichtlich nicht die Kritik an der Kanzlerin, sondern es sind die Gewaltmetaphern, Drohgebärden und Gewaltfantasien. In all diesen Beispielen mischen sich der Unterhaltungswert der Gladiatorenarena mit politischem Frust und Antipolitik. Die Bedeutung solcher Entladungen für die politische Kultur wächst, wenn man den Resonanzraum im Internet berücksichtigt, der angesichts der Anonymität beziehungsweise der Schutzräume in sozialen Medien entsteht.

Doch das Schema der Gladiatorenarena führt nicht nur zur Verrohung. Es ist auch Teil einer postmodernen Inszenierung. Die Welt wird in Oben und Unten aufgeteilt, Verlierer verdienen Erniedrigung und Gegner müssen mit Gewalt bekämpft werden. Es schafft zudem einen besonderen Umgang mit der Realität, der als postmodern beschrieben werden kann und in Realityshows zu finden ist. Reality-TV kann als eine Art „Realitätsfiktion“ verstanden werden, sie konstituiert „einen paradoxen Gegenstand, dessen Realität man gleichzeitig betont und leugnet“. <sup>04</sup> Die schrillen Farben, die karikierten Superhelden, die Übertreibung, die die Wrestling- und Realityshows begleiten, sind Mittel der Parodie und

Dekonstruktion und setzen eine doppelbödege Realität voraus.<sup>05</sup> Hier sind nicht nur die Grenzen zwischen Politik und Unterhaltung, sondern auch zwischen Realität und Fiktion fließend. Man bewegt sich auf doppeltem Boden: Für Unterhaltung und politische Parodie kann es interessant und witzig sein, doch für politische Auseinandersetzungen ebenso problematisch, denn das Publikum weiß nie genau, ob es sich um politische Aussagen, um einen Scherz oder um Fiktion handelt.

Von einer solchen Situation zu „alternativen Fakten“ ist es nur ein kleiner Schritt. Denn wenn es keine allgemein anerkannte Basis für die Unterscheidung zwischen politisch relevanten und irrelevanten Konflikten und Themen, zwischen Realität und Fiktion und zwischen Unterhaltung und Politik gibt, werden Relevanz und Darstellung der Fakten beliebig. Unzufriedenheit und politischer Frust können sich dann artikulieren, ohne dass sie sich rechtfertigen und mit anderen Positionen in Dialog treten müssen. Wo es keine allgemein anerkannte Realität gibt, gibt es auch keine gemeinsame Basis für den politischen Dialog. Das Konfliktpotenzial steigt. Daher ist die Verbindung von Verrohung und Realitätsverlust für die demokratische Kultur extrem gefährlich.

Allerdings muss man die Verantwortlichen für diese Entwicklung nicht nur in Unterhaltungsproduzenten und Politikern wie Trump suchen. Im Wettbewerb um höhere Einschaltquoten werden immer mehr politische Formate produziert, die den Unterhaltungswert in den Vordergrund stellen – etwa wenn sie Elemente der postmodernen Gladiatorenarena für den Umgang mit Politik übernehmen oder politische Aussagen und Ereignisse privilegieren, die besonders schrill, skandalisierend, emotional und wenig argumentativ sind. Solche Elemente werden von den Aufmerksamkeitsregeln der Massenmedien bevorzugt und garantieren hohe Zuschauerquoten. Je kommerzieller ein journalistisches Format, desto stärker treten Unterhaltungsaspekte in den Vordergrund.

Verdeutlichen lässt sich dies an einem Beispiel des jüngsten Bundestagswahlkampfes: In der Sat.1-Debatte mit den sogenannten kleinen Par-

<sup>04</sup> Elena Esposito, *Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität*, Frankfurt/M. 2007, S. 75.

<sup>05</sup> Vgl. Paula Diehl, *Dekonstruktion als Inszenierungsmethode – von Berlusconi bis zu den Grünen*; in: Andreas Dörner/Christian Schicha (Hrsg.), *Politik im Spot-Format. Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland*, Wiesbaden 2008, S. 313–335.

teien schien es, als sollten die Kandidatinnen und Kandidaten ganz im Sinne der Gladiatorenarena als Personen demontiert werden. Alle Kandidaten wurden mit negativen Aussagen über ihre Beliebtheitsquoten oder über ihre Person konfrontiert. Einige dieser Aussagen gingen an die Grenze zur Beleidigung. Die Kandidaten hatten zu reagieren und sollten zeigen, dass sie doch keine „Loser“ sind.

Der Moderator Claus Strunz verwendete hierzu die Mittel Erniedrigung und Provokation. Die Kandidatinnen und Kandidaten zeigten sich perplex – etwa als Strunz die Parteivorsitzende der Linken, Katja Kipping, fragte, ob sie den anwesenden Spitzenkandidaten der FDP, Christian Lindner, „scharf“ fände. Die Frage produzierte eine doppelte Schamsituation: für Kipping, die den Gegenkandidaten im Hinblick auf seine sexuelle Attraktivität öffentlich beurteilen sollte, und für Lindner, dessen Körper zum Gegenstand der Begutachtung seiner Kontrahentin wurde. Das Testen der Schamgrenzen ist ein typischer Rekurs auf Realityshows wie „Big Brother“ und Trumps „The Apprentice“, in denen diese Art des Bloßstellens fester Bestandteil ist.

Wenn einmal ein solcher Rahmen gesetzt ist, fällt es den Interviewten oft schwer, in das politische Format zurückzufinden. Kipping kritisierte zunächst die sexistische Frage, ließ sich aber schließlich doch zu einer fatalen Antwort hinreißen: „Das Aussehen ist noch das, was ich am wenigsten zu kritisieren hab.“ Für das unterhaltende Format der Sendung wurde dies zur Steilvorlage, worauf der Moderator konterte: „Ah, Sie finden ihn also scharf, ja?“. Worauf Kipping verzweifelt versuchte, das Thema zu beenden: „Können wir auch noch über Politik reden?“<sup>06</sup>

Das TV-Kanzlerduell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz knüpfte, wenn auch deutlich schwächer, an die Logik der Gladiatorenarena an. So lautete etwa die erste Frage des RTL-Moderators Peter Kloeppe an Martin Schulz: „Woher kommt es, dass Ihnen so viele Bürger das Vertrauen nicht schenken wollen?“<sup>07</sup> Welches Ziel verfolgte der Moderator mit dieser Frage?

**06** Zit. nach Josh Groeneveld, Sat.1 fragt Kipping, ob sie Lindner scharf findet – die Antwort muss Deutschland Sorgen machen, 31. 8. 2017, [www.huffingtonpost.de/2017/08/31/kipping-lindner-sat1-wahl2017\\_n\\_17874352.html](http://www.huffingtonpost.de/2017/08/31/kipping-lindner-sat1-wahl2017_n_17874352.html).

**07** Zit. nach Merkel gegen Schulz. „Jenseits von richtig oder falsch“ – die wichtigsten Momente des Duells, 4. 9. 2017, [www.faz.net/aktuell/politik/-15182298.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/-15182298.html).

Kloeppe konfrontierte Schulz mit der Aussage „die Bürger vertrauen Ihnen nicht“. Relevant ist nur Schulz' Reaktion angesichts einer vermeintlichen Ablehnung seiner Person. Das Verlangen nach Erklärungen für die vermeintliche Ablehnung ist zugleich eine Aufforderung, sein eigenes Versagen zu kommentieren. Inwiefern Fragen wie diese zur politischen Urteilsbildung der Wählerinnen und Wähler beiträgt, ist fraglich. Was sie jedoch machen ist, den Kandidaten entweder als Sieger oder als „Loser“ zu präsentieren – in Schulz' Fall eben als „Loser“. Eine solche Regie der politischen Befragung operiert mit Provokation und Erniedrigung und folgt damit der Logik der postmodernen Gladiatorenarena – wenn auch, im Vergleich zu Trumps Auftritten, in abgeschwächter Form.

Was bedeutet diese Art der Unterhaltung in Zeiten politischer Frustration und antipolitischen Potenzials, das nicht zuletzt die jüngste Bundestagswahl deutlich machte? Zur Beantwortung dieser Frage muss zunächst erläutert werden, wie „Antipolitik“ operiert.

## ANTIPOLITIK UND POLITISCHE KRISEN

Antipolitik ist kein fester Begriff der Politikwissenschaft. Die Versuche, ihn zu prägen, sind vielfältig. Man kann Antipolitik als eine spezifische Haltung beschreiben, in der politische Repräsentantinnen und Repräsentanten, institutionelle Regeln und politische Institutionen sowie die Autorität des Staates grundsätzlich infrage gestellt werden. Antipolitik steht nicht nur für eine Kritik an der Regierung, sondern sie diskreditiert das gesamte politische System auf radikale Weise und delegitimiert zugleich den Staat.

Beobachter antipolitischer Entwicklungen wie der Politikwissenschaftler Alfio Mastropaolo haben festgestellt, dass innerhalb antipolitischer Diskurse nicht nur die Fehler des Staates angesprochen und kritisiert werden, sondern der Staat generell für ohnmächtig erklärt wird.<sup>08</sup> Mastropaolo begleitet den Zerfallsprozess der italienischen Politik und ihrer Institutionen seit der Krise der 1990er Jahre, als die Volksparteien von Korruptions- und Mafia-Skandalen erschüttert wurden. Er bemerkte, dass mit den Skan-

**08** Siehe Alfio Mastropaolo, *Antipolitica: all'origine della crisi italiana*, Neapel 2000, S. 36.

dalen auch die Anzahl antipolitischer Diskurse zunahm. Damit verbunden waren zwei Entwicklungen, die die politische Kultur betrafen: Einerseits schlug berechtigte Kritik in pauschale Diffamierung des politischen Systems um, andererseits erfuhren die Anklagen an die korrupte Regierung eine besondere Dramatisierung.

Der politische Einsatz von Empörung und Wut kann zwar durchaus produktiv für die Demokratie sein,<sup>09</sup> aber Mastropaolo musste im Fall Italiens etwas anderes feststellen: Zwischen 1992 und 1994 verselbstständigte sich die Kritik und wurde destruktiv.<sup>10</sup> In einer solchen Verselbstständigung verliert die Empörung ihre produktive Kraft, und die Wut zementiert die politische Krise. Das Problem liegt darin, dass Antipolitik über das Ziel hinausschießt und zur pauschalen Ablehnung von Staat, demokratischen Prozeduren, Regeln und Formen der Auseinandersetzung wird. Was danach folgte, war der Aufstieg von Silvio Berlusconi und anschließend die technokratische, nichtgewählte Regierung von Mario Monti.

Der Politikwissenschaftler Andreas Schedler stellt Kriterien auf, anhand derer Antipolitik erkannt werden kann: Antipolitik richtet sich immer gegen eine anerkannte Instanz, die allgemein bindende Entscheidungen für alle Bürgerinnen und Bürger treffen kann. Dabei wird die öffentlich-politische Sphäre nicht als Ort der Pluralität, der politischen Auseinandersetzung und der gemeinsamen Lösungsfindung anerkannt, sondern Politik grundsätzlich als überflüssig und sogar als schädlich gesehen.<sup>11</sup>

Schedler hat eine funktionalistische Sichtweise auf Politik: Politik definiert, was die Probleme und Konflikte der Gesellschaft sind, arbeitet allgemein bindende Entscheidungen heraus und etabliert eigene Regeln. Politik definiert auch das Feld, das für alle als relevant gilt, und entscheidet darüber, was reguliert werden muss und was nicht. Dafür etablieren die politischen Institutionen auch die Prinzipien der Regulierung. Zugleich kann Politik aber nur existieren, wenn sie die Gesellschaft als plural anerkennt. Damit werden die Konflikte innerhalb der Gesellschaft und

die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Positionen anerkannt. „Gemeinschaften ohne Konflikt brauchen kein politisches Handeln“, so Schedler.<sup>12</sup> Daraus ergeben sich drei zu erfüllende Bedingungen: Den Mitgliedern einer Gesellschaft muss *erstens* bewusst sein, dass sie sowohl unterschiedlich als auch aufeinander angewiesen sind. Erst dann kann *zweitens* eine Auseinandersetzung um allgemeine Prinzipien, Interessen und bindende Entscheidungen stattfinden. Die Anerkennung einer Instanz und Autorität, die diese Entscheidungen treffen und durchsetzen kann, ist die *dritte* Bedingung. Antipolitik findet bereits dann statt, wenn nur eine dieser drei Grundvoraussetzungen nicht erfüllt ist.<sup>13</sup>

Sowohl Monti als auch Berlusconi können als Antipolitiker bezeichnet werden, auch wenn sie Antipolitik unterschiedlich artikulieren. Technokratische Regierungen wie die Montis vernachlässigen die Konflikte der Gesellschaft und lassen wenig Raum für öffentliche Auseinandersetzungen um Problemlösungen und Entscheidungsfindungen. Sie sind antipolitisch in dem Sinne, dass sie politische Entscheidungsfindungen oder Verteilungskonflikte innerhalb der Gesellschaft ignorieren beziehungsweise sie auf technische Fragen reduzieren. Das TINA-Prinzip („There is no alternative“) kann als antipolitisch schlechthin gesehen werden.

Berlusconis Antipolitik dagegen ist antiinstitutionell und lehnt eine Instanz ab, die bindende Entscheidungen treffen kann. Doch wie die technokratische Variante verdrängt sie auch die Herstellung einer gemeinsamen Sphäre für politische Auseinandersetzungen. Zusätzlich verschiebt sie die politischen Konflikte auf das Feld persönlicher Präferenzen. Berlusconis Antipolitik tritt zusammen mit einem populistischen Kommunikationsstil auf, ohne jedoch auf die typische populistische Forderung nach der Macht des Volkes einzugehen. Berlusconis Antipolitik unterscheidet sich von der Montis vor allem durch die oben angesprochene doppelbödige Realität, die wir von Realityshows kennen: Man weiß nie, ob Berlusconi ernsthaft meint, was er sagt, oder ob er scherzt.<sup>14</sup>

**09** Siehe Paula Diehl, Über Emotion, Affekt und Affizierung in der Politik, in: Felix Heidenreich/Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorie und Emotionen, Baden-Baden 2012, S. 155–176, hier S. 158 ff.

**10** Vgl. Mastropaolo (Anm. 8), S. 129.

**11** Vgl. Andreas Schedler, Introduction; Antipolitics – Closing and Colonizing the Public Sphere, in: ders. (Hrsg.), The End of Politics? Explorations into Modern Antipolitics, London 1997, S. 1–20.

**12** Ebd., S. 6.

**13** Vgl. ebd. S. 3.

**14** Vgl. Paula Diehl, Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation, in: Berliner Debatte Initial 22/2011, S. 27–39.

Bei Monti und Berlusconi war Antipolitik sowohl Symptom als auch Faktor der politischen Krise. Auch in den USA ist mit Trump Antipolitik in Verbindung mit politischem Frust aufgetreten. Antipolitik kann sich immer dann ausbreiten, wenn eine tiefe politische Krise herrscht, die die demokratische Repräsentation insgesamt erfasst, also wenn sie auch die politische Kommunikation, die Beziehung zwischen Repräsentanten und Bürgern und die politischen Institutionen erreicht. In dieser Situation hat Antipolitik einen zerstörerischen Effekt auf politische Institutionen, auf die öffentliche politische Auseinandersetzung um die Gesellschaft, ihre Pluralität und Konflikte.

### SCHLUSS

In Zeiten einer identitären Verschließung der politischen Kultur, wie es in den USA und Europa zu beobachten ist, kann sich Antipolitik als Verbannung jeglicher Pluralität artikulieren und das Bild einer homogenen Gesellschaft zum politischen Projekt machen. Für Schedler sind solche homogenen Gesellschaftsvorstellungen präpolitisch. Sie erkennen keine Konflikte und keine Diversität an. Dementsprechend ist auch keine politische Sphäre vorgesehen, in der unterschiedliche Standpunkte verhandelt werden können. Folgt man Schedlers Prämissen der Politik als negative Kriterien für Antipolitik, erweisen sich homogene Gesellschaftsvorstellungen als zutiefst antipolitisch, denn sie richten sich gegen drei der demokratischen Prämissen: Diversität, eine differenzierte Auseinandersetzung mit Konflikten und eine offene politische Sphäre, in der diese Konflikte artikuliert werden können. Antipolitische Kritik ist eine destruktive Kritik am Staat.

Noch problematischer für die demokratische Kultur sind solche Verschließungen der Gesellschaft, wenn sie der Dramaturgie und Logik der postmodernen Gladiatorenarena folgen – Trumps Tweets und Kundgebungen zeigen dies deutlich. Politische Veranstaltungen werden dann zu Orten der Gefühlsentladung. Konflikte werden wie im Wrestling-Ring mit Gewalt oder zumindest der Simulation von Gewalt gelöst. Dies ist auch in Frankreich bei Kundgebungen des Front National üblich, wenn etwa die Anhänger von Marine Le Pen „on est chez nous“ (wir sind zuhause) skandieren. Die selbstgebastelten Galgen für

Merkel, die Koranverbrennung durch AfD-Anhänger, die Aktionen der Identitären Bewegung und die Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten bei Pegida-Demos sind hierfür weitere Beispiele. Werden zudem die Grenzen zwischen Realität und Fiktion verwischt, fällt es schwer, diese Bewegungen auf einen Prüfstein politischer Auseinandersetzungen zu stellen. Wahrheit wird anhand von „alternativen Fakten“ ausgewählt. Man verweigert sich nicht nur dem politischen Dialog mit seinen Kontrahenten, sondern sogar der gemeinsamen Realität.

#### PAULA DIEHL

lehrt „Theorie, Geschichte und Kultur des Politischen“ an der Universität Bielefeld und ist Leiterin des Forschungsprojekts „Das Imaginäre und die Politik in der modernen Demokratie“. [paula.diehl@uni-bielefeld.de](mailto:paula.diehl@uni-bielefeld.de)

# DIE WAHRHEIT ÜBER POSTFAKTIZITÄT

Gary S. Schaal · Dannica Fleuß · Sebastian Dumm

Selten scheint ein Begriff den Zeitgeist und die kollektive Befindlichkeit einer Gesellschaft so auf den Punkt zu bringen wie „postfaktisch“, den die Gesellschaft für deutsche Sprache 2016 zum Wort des Jahres wählte.<sup>01</sup> Innerhalb weniger Monate erlangte eine Wirklichkeitsdeutung in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft – der Politik, den Feuilletons, der Wissenschaft, aber auch der allgemeinen Öffentlichkeit – so breite Akzeptanz, dass von einer neuen „großen Erzählung“ gesprochen werden kann.<sup>02</sup> Erzählt wird eine Verfallsgeschichte, in der die großen Errungenschaften der Aufklärung und Moderne – unter anderem Rationalität, Objektivität, Wissenschaftlichkeit, Faktenbezug, Demokratie – verdrängt werden von Emotionalität, Irrationalität und neuen autoritären politischen Strukturen.<sup>03</sup>

In der Sphäre des Politischen werden nicht nur postfaktische Politiker und postfaktische Politik identifiziert, sondern wird bereits eine postfaktische Demokratie gesichtet.<sup>04</sup> Wer von dieser Zeitdiagnose profitiert, ist für manche eindeutig: „Gewinnerin ist die neue Rechte, die über Wahrheit lacht, Emotionen schürt und mit dem Ausruf eines neuen Zeitalters ihre Lügen nun gar noch legitimiert bekommt.“<sup>05</sup> Vielleicht ist die neue Rechte die einzige politische Gewinnerin dieser Entwicklung, diskursiv getragen wird die Diagnose jedoch quer durch alle politischen Lager. Der skizzierte Facettenreichtum und vor allem die thematische Breite des „Postfaktischen“ führten dazu, dass auch jenseits der neuen Rechten von „postfaktischen Zeiten“<sup>06</sup> gesprochen und der Beginn eines „postfaktischen Zeitalter(s)“ ausgerufen wurde.<sup>07</sup>

Unabhängig davon, ob „postfaktisch“ kritisch oder eher neutral-diagnostisch genutzt wird oder ob das Postfaktische wie beim Rekurs auf „alternative Fakten“<sup>08</sup> gar affirmativ aufgerufen wird: Immer wird ein reales Phänomen zugrunde gelegt. Das Problem, ob diese Phänomene empirisch zutreffen, möchten wir in diesem Beitrag beiseitelassen und uns stattdessen zwei Fragen widmen, die auf der Ebene der öffentlichen Diskurse über „Postfaktizität“ angesiedelt sind.

Die Debatten über Postfaktizität werden zu meist als ein einziger Diskurs wahrgenommen. Das ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität des Begriffes, denn nur hierdurch konnte eine „große Erzählung“ konstruiert werden. Empirisch kann jedoch gezeigt werden, dass mehrere klar voneinander abgrenzbare Themen parallel im diskursiven Feld „Postfaktizität“ existieren. Vor diesem Hintergrund lautet die *erste* Frage: Warum werden Debatten über Postfaktizität als ein Diskurs interpretiert?

Begriffe bringen einerseits komplexe empirische Phänomene auf den Punkt und ermöglichen damit die diskursive gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung. Andererseits konstruieren sie jene Realität, die sie (vermeintlich) nur benennen. Die Dialektik von Konkretisierung und Konstruktion ist der Ausgangspunkt unserer *zweiten* Frage: Warum war „postfaktisch“ diskursiv so erfolgreich? Hat sich die gesellschaftliche Realität in Deutschland binnen kürzester Zeit so radikal verändert, dass seine Karriere zwingend war? Oder resultiert diese eher aus einer neuen Etikettierung bekannter Phänomene, die thematisch sehr heterogen sind?

Diese beiden Fragen möchten wir im Folgenden beantworten: einerseits empirisch anhand einer Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln, andererseits deutungskulturell, indem wir das Phänomen der Postfaktizität in seinen größeren gesellschaftspolitischen Kontext einbetten.

## EMPIRISCHE ANNÄHERUNG

Um sich unseren Ausgangsfragen empirisch zu nähern, haben wir eine Inhaltsanalyse aller zwischen Juli 2016 – als die deutschsprachige Diskussion über „Postfaktizität“ einsetzte – und August 2017 publizierten deutschsprachigen Zeitungsartikel durchgeführt, in denen „postfaktisch“ oder ein verwandter Begriff wie „Postfaktizität“ genutzt wurde und die über den Datenbankanbieter LexisNexis abrufbar waren. Nach Ausschluss von Doubletten, Leserbriefen, Inhaltsverzeich-

nissen und Veranstaltungsankündigungen ergab das ein bereinigtes Textkorpus von 1515 redaktionellen Zeitungsartikeln, die wir mithilfe der Methode des Text-Mining vollständig in die Analyse einbeziehen konnten, ohne eine Zufallsauswahl treffen zu müssen.<sup>09</sup>

Mittels Frequenzanalysen haben wir zunächst die Häufigkeit zentraler Begriffsfelder des „Postfaktisch“-Diskurses im Zeitverlauf und differenziert nach Rubrik nachvollzogen.<sup>10</sup> Da reine Frequenzanalysen nur begrenzt aussagekräftig sind, weil sie die Sinndimension von Texten nicht entschlüsseln können, haben wir anschließend Topic Modeling genutzt,<sup>11</sup> das auf Basis quantitativer Analysen die Interpretation der Sinndimension von großen Textkorpora ermöglicht. Der dem Topic Modeling zugrunde liegende Algorithmus identifiziert Wörter, die im Korpus überzufällig häufig gleichzeitig über alle Dokumente verteilt erscheinen, als Topic (Thema). Sofern sie sprachlich distinkt sind, kann er auch mehrere solcher Themen in einem Korpus identifizieren. Topic Modelle sind wertvoll bei der Exploration von großen Textkorpora, weil sie die Identifikation langfristiger Entwicklungslinien ermöglichen.

Aus der Frequenzanalyse geht hervor, dass die Nutzung des Wortfeldes „postfaktisch“ im Untersuchungszeitraum starken Schwankungen unterliegt. Sie findet ihren Höhepunkt im Dezember 2016 mit rund 650 Nennungen im gesamten Monat, um anschließend innerhalb von

drei Monaten auf etwa 100 Nennungen zu fallen und danach weiter abzusinken (*Abbildung 1*). Mit Blick auf weitere zentrale Begriffsfelder des Diskurses kann unsere Häufigkeitsanalyse die gängige These bestätigen, dass Postfaktizität und Emotionen eine thematische Einheit bilden: Die relative Summe der Nennungen dieses Begriffsfeldes liegt zwar konstant rund 50 Prozent niedriger als die von „postfaktisch“, die Entwicklung über die Zeit ist jedoch nahezu identisch. Aufschlussreich ist, dass das Namensfeld „Trump“ nicht nur früher als das Wort „postfaktisch“ intensiv genutzt wird, sondern auch die Nutzungsverläufe der beiden Begriffe sich deutlich voneinander unterscheiden.<sup>12</sup> Die Nutzung des Wortfeldes „Fake“ startet ebenfalls später als die von „Trump“ und besitzt auch einen eigenständigen Verlauf.

Für die Kontextualisierung dieser Häufigkeitsentwicklungen ist aufschlussreich, dass das Begriffsfeld „post-factual“ in den Vereinigten Staaten in einem politischen Sinne bereits seit 2011 genutzt wurde, wie etwa eine Analyse der an Google gerichteten Suchanfragen bei Google-Trends zeigt. Vor allem während des US-Präsidentschaftswahlkampfes 2016 stiegen die entsprechenden Suchanfragen rapide an. Viral wirkte in diesem Zusammenhang ein Interview des US-Nachrichtensenders CNN mit dem Berater Donald Trumps, Newt Gingrich, am 22. Juli 2016, in dem er Gefühle mit Fakten gleichsetzte.<sup>13</sup> Das assoziierte Begriffsfeld „Fake“ bezieht sich maßgeblich auf „Fake-News“, Trumps Bezeichnung

**01** Vgl. Gesellschaft für deutsche Sprache, GfdS wählt „postfaktisch“ zum Wort des Jahres, Pressemitteilung vom 9. 12. 2016, <http://gfdS.de/wort-des-jahres-2016>.

**02** Vgl. Jean-François Lyotard, *Das postmoderne Wissen*, Wien 2015.

**03** Vgl. Vincent F. Hendricks/Mads Vestergaard, *Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie*, in: APuZ 13/2017, S. 4–10.

**04** Vgl. ebd.

**05** Servan Grüninger/Michaela Egli, *Postfaktisch sind immer die anderen*, 13. 12. 2016, [www.nzz.ch/meinung/ld.134220](http://www.nzz.ch/meinung/ld.134220).

**06** „Wenn wir nicht gerade aus Stein sind“. Angela Merkel im Wortlaut, 21. 9. 2016, [www.tagesspiegel.de/14576252.html](http://www.tagesspiegel.de/14576252.html).

**07** Peter Weingart, „Wahres Wissen“ und demokratisch verfasste Gesellschaft, in: APuZ 13/2017, S. 11–16.

**08** Kellyanne Conway bei NBC News, *Meet the Press*, Sendung vom 22. 1. 2017, [www.nbcnews.com/meet-the-press/video/conway-press-secretary-gave-alternative-facts-860142147643](http://www.nbcnews.com/meet-the-press/video/conway-press-secretary-gave-alternative-facts-860142147643).

**09** Bei Text-Mining handelt es sich um Analyseverfahren, bei denen mithilfe algorithmischer Techniken Bedeutungszusammenhänge in Texten ermittelt werden können. Vgl. Gerhard Heyer et al., *Text Mining: Wissensrohstoff Text: Konzepte, Algorithmen, Ergebnisse*, Herdecke u. a. 2006.

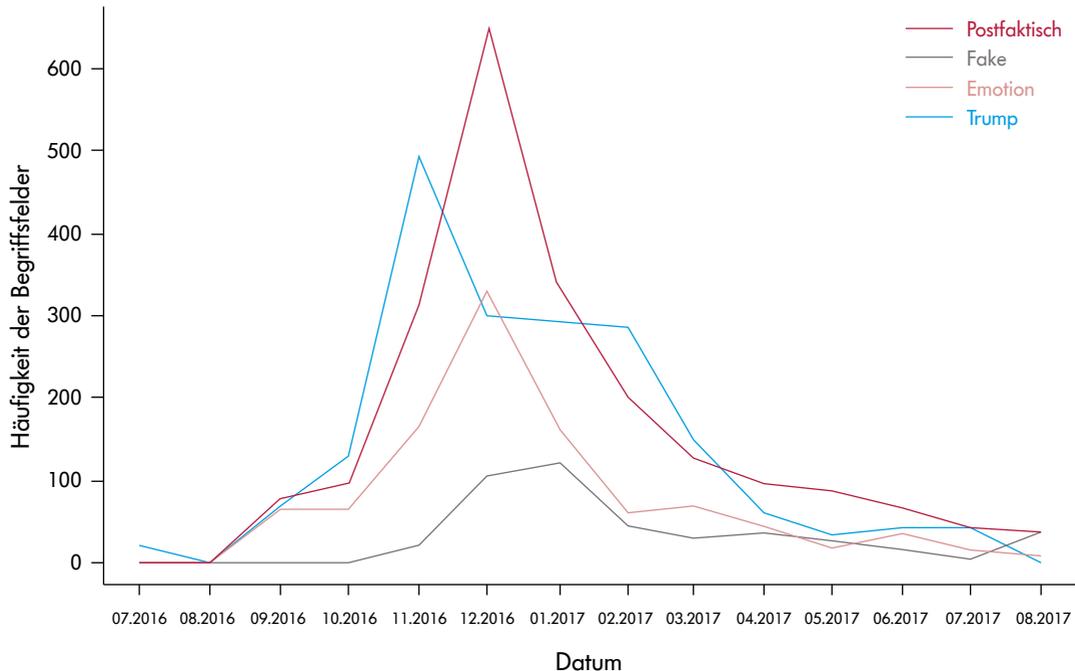
**10** Als Begriffsfeld bezeichnen wir alle Wörter, die thematisch zusammengehörig sind. Begriffsfelder wurden durch Grundformreduktion (*stemming*) und Inklusion von Komposita definiert. Zur Berechnung der Frequenzen wurde das in der Statistiksoftware R enthaltene Paket „tm“ eingesetzt. Vgl. dazu Ingo Feinerer et al., *Text Mining Infrastructure in R*, in: *Journal of Statistical Software* 25/2008, S. 1–54.

**11** Für eine kurze Einführung in die Methodik vgl. Megan R. Brett, *Topic Modeling: A Basic Introduction*, in: *Journal of Digital Humanities* 1/2012, <http://journalofdigitalhumanities.org/2-1/topic-modeling-a-basic-introduction-by-megan-r-brett/>; Sebastian Dumm, *Topic Modelle*, Leipzig–Hamburg 2014, [www.epol-projekt.de/wp-content/uploads/2014/10/eTMV\\_3.pdf](http://www.epol-projekt.de/wp-content/uploads/2014/10/eTMV_3.pdf). Für Nutzungsszenarien vgl. David M. Blei, *Probabilistic Topic Models. Surveying a Suite of Algorithms That Offer a Solution to Managing Large Document Archives*, in: *Communications of the ACM* 4/2012, S. 77–84.

**12** An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, dass hier nur die Nennung von „Trump“ in Zeitungsartikeln abgetragen ist, in denen auch ein Begriff des Wortfeldes „postfaktisch“ genutzt wird.

**13** Vgl. CNN, *New Day*, Sendung vom 22. 7. 2016, <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/160722/nday.06.html>.

Abbildung 1: Zentrale Begriffe des „Postfaktisch“-Diskurses im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Berechnungen.

für den kritischen Journalismus des „liberalen Establishments“, und wird von ihm kontinuierlich genutzt. Seine Verwendung nimmt in der deutschsprachigen Presse im Zuge der Berichterstattung über die Bezeichnung „alternative Fakten“ zu, die Trumps Beraterin Kellyanne Conway popularisierte. Anschließend wird der Begriff auch im Zusammenhang mit innenpolitischen Themen genutzt. Beim „Postfaktischen“ handelt es sich also um einen Diskurs, der kulturell in der US-Politik verankert ist und zunächst durch die Berichterstattung über den US-Vorwahlkampf und insbesondere den Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in den deutschen Diskurs importiert wurde.

Der Höhepunkt der Nutzung des Wortes „postfaktisch“ in deutschsprachigen Zeitungen im Dezember 2016 resultiert aus der Berichterstattung über die am 9. Dezember bekannte Wahl von „postfaktisch“ zum Wort des Jahres durch die Gesellschaft für deutsche Sprache. Wenige Monate vorher, am 19. September 2016, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Berliner Senatswahl zum schlechten Abschneiden der CDU gesagt: „Es heißt ja neuerdings, wir leben in postfaktischen Zeiten. Das soll wohl hei-

ßen, die Menschen interessieren sich nicht mehr für Fakten, sie folgen allein den Gefühlen.“<sup>14</sup>

Die Nutzung von „postfaktisch“ in der journalistischen Berichterstattung hat ihren Zenit im Herbst 2017 deutlich überschritten. Dies impliziert nicht, dass das Konzept obsolet geworden ist. Ruft man sich die kurzen Aufmerksamkeitsspannen öffentlicher Diskurse und die Neuigkeitslogik der Massenmedien in Erinnerung, ist es vielmehr sehr bemerkenswert, wie lange und intensiv „postfaktisch“ genutzt wurde.

Um die zeitliche Ausdehnung dieser intensiven Nutzung angemessen deuten zu können, ist es hilfreich, die Verteilung der Zeitungsartikel im Korpus nach Ressorts heranzuziehen (*Tabelle*).<sup>15</sup> Zeitungen fungieren sowohl als Spiegel als auch als Konstrukteure von Wirklichkeit. Die Berichterstattung im Politikteil (n=317) spiegelt maßgeblich die Handlungen und Äußerungen politischer Akteure und damit die Relevanz von „postfaktisch“ innerhalb des politischen Diskurses selbst wider. Anders verhält es sich im Feuil-

<sup>14</sup> Merkel (Anm. 6).

<sup>15</sup> Die Zeitungsressorts wurden für die verwendeten Zeitungen zu den oben aufgeführten Metaressorts vereinheitlicht.

*Tabelle:* Zusammensetzung des Textkorpus nach Ressorts

RESSORTS	ARTIKELANZAHL (N)
Feuilleton/Kultur/Medien	426
Lokales	408
Politik	317
Meinung und Kommentar	256
Wissenschaft & Bildung	60
Wirtschaft	35
Sport	13

leton (n=426), denn die Kulturseiten sind genau wie Meinung und Kommentar (n=256) jener Raum in einer Zeitung, in dem nicht dem Takt politischer Ereignisse sowie von Pressemitteilungen und Interviews gefolgt werden muss, sondern die Redaktion aktiv in gesellschaftspolitische Debatten eingreifen und eine metareflexive Position einnehmen kann. Vergleicht man allein die Zahlen der veröffentlichten Artikel nach Ressorts, so überwiegen die Reflexionsartikel deutlich.

### THEMATISCHE BINNENDIFFERENZIERUNG

Die Analyse der Häufigkeitsentwicklung zentraler Begriffe des „Postfaktisch“-Diskurses hat bereits nahegelegt, dass kein thematisch kohärenter Diskurs existiert. Um diese Spur weiter zu verfolgen und die thematische Binnenstruktur des Diskurses zu identifizieren, haben wir ein Topic Modell über das gesamte Textkorpus laufen lassen.<sup>16</sup> Die Zahl der zu findenden Topics kann dem Algorithmus vorgegeben werden. Es existiert keine endgültig optimale Anzahl von Topics, da diese stark vom Analysefokus abhängig ist. Explorativ haben sich für unser Erkenntnisinteresse 20 Topics als gut interpretierbar herausgestellt. Die fünf quantitativ wichtigsten können inhaltlich folgendermaßen charakterisiert werden:

<sup>16</sup> Für die Berechnung der Topic Modelle wurde das in der Statistiksoftware R enthaltene Paket „topicmodels“ verwendet. Vgl. dazu Bettina Grün/Kurt Hornik, topicmodels: An R Package for Fitting Topic Models, in: Journal of Statistical Software 40/2011, S. 1–30.

Das **Internet-und-Social-Media-Topic** umfasst das Internet im Allgemeinen und die sozialen Medien (insbesondere Facebook) im Speziellen. Innerhalb dieses Clusters wird die Rolle, die beide bei der Verbreitung von „Fake News“ und Lügen spielen, diskutiert sowie die Nutzung sozialer Medien als Informationsquelle von Journalistinnen und Journalisten.

Das **Trump-Topic** bildet Donald Trump und seinen „neuen“ Politikstil ab, bei dem Tatsachen keine beziehungsweise eine untergeordnete Rolle spielen (Stichwort „alternative Fakten“) und zudem eine Anti-Establishment-Haltung dominiert. Innerhalb dieses Themenbereichs stehen zwar die Vereinigten Staaten im Mittelpunkt, thematisiert werden jedoch darüber hinaus auch die Konsequenzen dieses Politikstils für den Rest der Welt und insbesondere für Europa.

Im **Wissenschaft-und-Fakten-Topic** wird das Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung zur Wahrheit thematisiert. Exemplifiziert wird dieses Verhältnis zumeist anhand des Klimawandels und der Frage, inwieweit die Aussage, dass er menschengemacht ist, durch Fakten gedeckt werden kann.

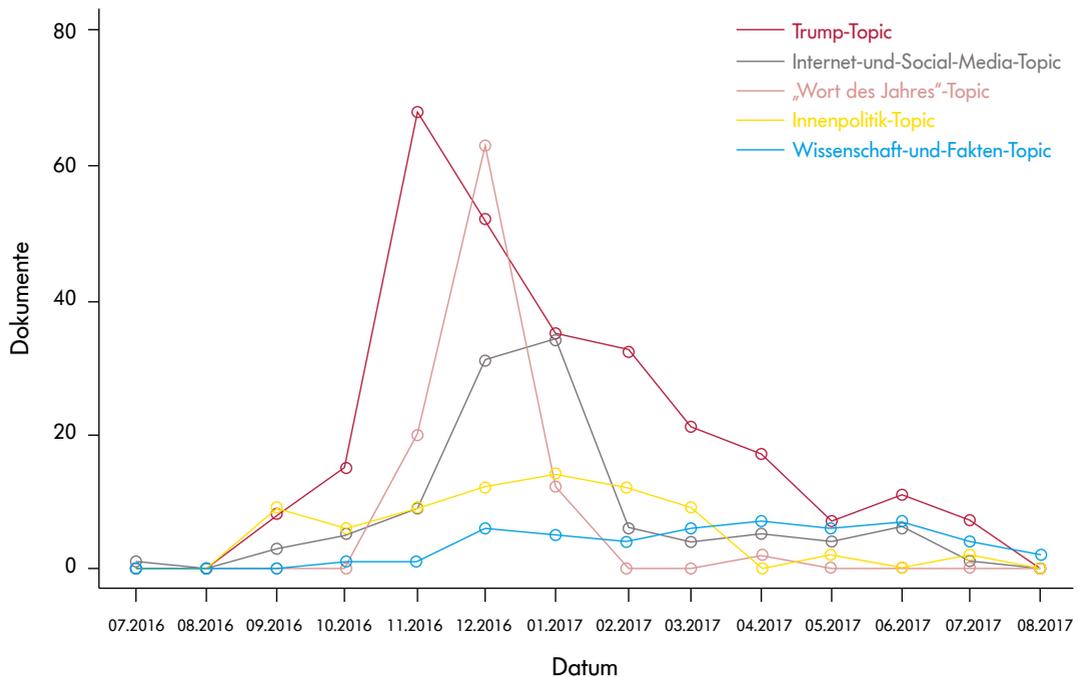
Das **Innenpolitik-Topic** umfasst die Berichterstattung über Politikerinnen und Politiker sowie über alle etablierten Parteien mit Ausnahme der FDP und einem starken Fokus auf die AfD.

Das **„Wort des Jahres“-Topic** kreist um die Wahl von „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2016. In diesem Zusammenhang erfolgt häufig eine Definition des Begriffs „Postfaktizität“ im Sinne einer Aufwertung von Emotionalität bei gleichzeitiger Abwertung von Tatsachenbezügen.

Diese fünf Topics bilden in ihrer Summe den größten Teil des „Postfaktisch“-Diskurses. Das Trump-Topic ist mit einem prozentualen Anteil von fast zwölf Prozent am Gesamtdiskurs mit weitem Abstand das quantitativ wichtigste. Darauf folgen das Social-Media-Topic und das „Wort des Jahres“-Topic. Beide stellen je 6,5 Prozent des Gesamtdiskurses dar. Dicht darauf folgt das Innenpolitik-Topic mit 5,3 Prozent und mit 4,4 Prozent das Wissenschaft-und-Fakten-Topic. Die dahinter platzierten Topics oszillieren um drei Prozent am Gesamtaufkommen.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Die nicht ausgeführten Plätze unter den Top 10 bilden Topics, die thematisch für den „Postfaktisch“-Diskurs nicht einschlägig sind, zum Beispiel „jahr gut kinder frau mann“.

Abbildung 2: Entwicklung der fünf relevanten Topics im Zeitverlauf nach absoluten Dokumentenzahlen



Innerhalb eines Artikels können mehrere Topics existieren. Deshalb haben wir für jeden Zeitungsartikel das jeweils quantitativ wichtigste Topic berechnet.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Der Blick auf die Entwicklung dieser fünf Topics im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums verdeutlicht, dass sie zeitlich versetzt erschienen (*Abbildung 2*). Eine Initialzündung des Diskurses stellt das Trump-Topic dar. Daran schließt sich mit etwa einem Monat Verzögerung das „Wort des Jahres“-Topic an. Das Internet-und-Social-Media-Topic gewinnt wiederum rund einen Monat nach dem „Wort des Jahres“-Topic an quantitativer Bedeutung. Im Vergleich dazu ist das Innenpolitik-Topic auf niedrigem, aber stabilem Niveau von September 2016 bis August 2017 präsent. Das Wissenschaft-und-Fakten-Topic befindet sich ebenfalls auf niedrigem Niveau, gewinnt aber seit Februar 2017 langsam an Bedeutung. Hier scheint die Diskussion über den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus der Pariser Klimakonvention eine relevante Erklärung zu sein.

Mit Blick auf unsere Ausgangsfragen ist die empirische Annäherung insofern aufschlussreich, als deutlich wird, dass kein kohärenter „Postfaktisch“-Diskurs im deutschsprachigen Raum existiert – zumindest in den Tageszeitun-

gen. Er zerfällt vielmehr in fünf thematisch einschlägige und quantitativ relevante Topics, die zeitversetzt in den Zeitungen aufkommen und ihre je eigenen Thematisierungsdynamiken besitzen. Darüber hinaus erscheinen die fünf Topics schwerpunktmäßig in unterschiedlichen Rubriken der analysierten Zeitungen. Von einem einheitlichen Diskurs kann also weder thematisch noch „zeitungsräumlich“ gesprochen werden.

#### LEITDIFFERENZ DES „POSTFAKTISCH“-DISKURSES

Die Inhaltsanalyse liefert den Schlüssel zur Beantwortung unserer beiden Ausgangsfragen. Denn die identifizierten Topics legen nahe, dass der Diskurs über Postfaktizität einer Leitdiffferenz folgt. „Postfaktizität“ ist auf der einen Seite die zentrale Komponente einer neuen „großen Erzählung“ und auf der anderen Seite ein Deutungsrahmen (*frame*). Beide Seiten dieser ungleichen Medaille verweisen aufeinander, sind füreinander relevant und leiten zugleich ihre eigene

Bedeutung aus der jeweils anderen ab. Es besteht also ein komplexes Verweisungsverhältnis zwischen der „großen Erzählung“ und „Postfaktizität“ als Deutungsrahmen, der jeden Versuch, einfache Erklärungen für den Erfolg des Diskurses zu finden, scheitern lässt.

### Die „große Erzählung“ vom postfaktischen Zeitalter

Die „große Erzählung“ ist thematisch kohärent und entwickelt sich seit dem amerikanischen Vorwahlkampf maßgeblich in Reaktion auf Donald Trump und seinen „neuen“ Politikstil. Sie beschreibt in ihrem Kern den Verfall der Rationalität und den Aufstieg der emotionsgetriebenen, autoritären Politik. Aus der Binnenperspektive der Vertreterinnen und Vertreter dieser „großen Erzählung“ ist die (kritische) Etikettierung als „postfaktisches Zeitalter“ angemessen, da Trump nur als Symptom einer größeren Entwicklung verstanden wird.

Doch worin liegt der außergewöhnliche Erfolg dieser Erzählung begründet? Er kann plausibilisiert werden, indem man demokratietheoretische Überlegungen mit individualpsychologischen verbindet. Das große historische Versprechen des liberalen Konstitutionalismus war die Eindämmung von politischer Willkür durch die kommunikative Rationalisierung demokratischer Macht und Herrschaft. Deshalb ist es der DNA liberaler Demokratien eingeschrieben, dass politische Herrschaft sich diskursiv gegenüber der Opposition und vor allem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – vermittelt über die Medien – begründen muss. Diese Leitideen sind selbstverständlicher Bestandteil der westlichen demokratischen Kultur, denn sie werden qua Sozialisation unter einer liberalen Verfassung vermittelt. Trumps Regierungspraxis bricht das historische Versprechen des liberalen Konstitutionalismus, denn er unterläuft die Rationalitätserwartung, indem er in bedeutungsvollen politischen Fragen für alle sichtbar folgenlos lügen kann.

Die damit markierte grundlegende kulturelle Veränderung wurde von der US-amerikanischen Polit-Comedy-Serie „Saturday Night Live“ auf den Punkt gebracht: In der Sendung vom 13. Mai 2017 stellten die Macher ein Interview mit Trump nach, in dem der US-Präsident offen zugab, den FBI-Chef aus politischen Gründen entlassen zu haben. Fassungslos angesichts

der Enthüllung fragt der Reporter die Redaktion, ob er das Interview jetzt abbrechen könne. Deren Antwort lautet jedoch nur: „Nothing matters anymore. Nothing.“ Damit wird die tiefe Tragik demokratischer Fehlentwicklungen in einem Satz zusammengefasst.

Auf der individuellen Ebene ist Empörung eine typische emotionale Reaktion auf diese kulturellen Normverstöße. Sie erklärt jedoch nicht die skizzierte Diskursdynamik. Hilfreich ist deshalb der Rekurs auf die Emotionsforschung und die dortige Differenzierung von zwei psychischen Reaktionssystemen: das schnelle „Routinesystem“, das in Standardsituationen zur Anwendung kommt, und das langsame „Reflexionssystem“, das in unbekanntem Handlungssituationen genutzt wird.<sup>18</sup> Die neurologische Emotionsforschung kann zeigen, dass das Belohnungssystem im Gehirn aktiviert wird, wenn Erwartungen erfüllt werden. Dies bedeutet für unser Argument, dass Menschen dazu tendieren, unbekannte Handlungssituationen zu habitualisieren, um wieder das „Routinesystem“ nutzen zu können und belohnt zu werden.

Die kulturellen Normverstöße von Donald Trump haben – zumindest anfangs – massive Irritationserfahrungen erzeugt und Erwartungsstabilität reduziert. Hierauf reagieren Menschen individuell mit dem Bearbeiten des Phänomens im „Reflexionssystem“. In den Vereinigten Staaten spiegelt sich das auf gesellschaftlicher Ebene durch die kritische öffentlich-diskursive Thematisierung wider. Diese besitzt jedoch nicht nur eine rationale Dimension im Sinne von „Aufklärung“, sondern erfüllt auch eine emotionale Funktion: die Wiederherstellung von Erwartungsstabilität und damit das Umschalten in den Routinemodus des Denkens.

In den USA hat sich zur (kritischen) Charakterisierung der politischen Situation inzwischen die Phrase vom *new normal* durchgesetzt,<sup>19</sup> die – intendiert oder nicht – den individualpsychologischen Effekt des öffentlichen Diskur-

<sup>18</sup> Für diese Differenzierung nutzt Daniel Kahnemann, *Schnelles Denken, langsames Denken*, München 2012, die weniger intuitiven Bezeichnungen System 1 und System 2.

<sup>19</sup> Vgl. u. a. Gail Collin, *The Donald Trump New Normal*, 4.5.2016, [www.nytimes.com/2016/05/05/opinion/the-donald-trump-new-normal.html](http://www.nytimes.com/2016/05/05/opinion/the-donald-trump-new-normal.html); Gilian Tett, *Trump and the Problem with the New Normal*, 31.3.2017, [www.ft.com/content/ffe3628c-1408-11e7-b0c1-37e417ee6c76](http://www.ft.com/content/ffe3628c-1408-11e7-b0c1-37e417ee6c76).

ses perfekt beschreibt. Nicht nur die Intensität des öffentlichen Diskurses, sondern auch seine Dynamik und letztlich seine tragische Dialektik können so plausibilisiert werden: Denn die diskursive Bearbeitung der „großen Erzählung“ in kritischer Absicht führt selbst zur Herstellung einer neuen Normalität, die die affektive Basis des rationalen Diskurses unterminiert. Die Dauer des Diskurses bis zur Herstellung einer „neuen Normalität“ ist daher auch ein Indikator für die Intensität der kulturellen Normverstöße.

Doch worin besteht die Verbindung zum deutschen Diskurs? Die Vertreterinnen und Vertreter des „postfaktischen Zeitalters“ verstehen die US-amerikanische Entwicklung global, re-implementieren sie in den nationalen deutschen Kontext und deuten die Erzählung aus dieser Perspektive neu. Diskursiv legitimiert wurde diese Strategie durch die Bundeskanzlerin, die, wie gezeigt wurde, bereits sehr früh im Diskursverlauf auf die Deutung der „Postfaktizität“ Bezug genommen hat.

Zudem darf die Bedeutung des Internets und insbesondere der sozialen Medien nicht unterschätzt werden. In historisch erstmaliger Schnelligkeit wird US-amerikanische Innenpolitik global wahrgenommen und auf ihre Implikationen für Europa und Deutschland hin befragt. Der Einfluss der sozialen Medien macht es auch in Deutschland unmöglich, die Entwicklungen im US-amerikanischen Politikdiskurs zu ignorieren. Die für die USA exemplarisch diskutierten Mechanismen der diskursiven Herstellung einer „neuen Normalität“ können somit – unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede – auch für den deutschen Diskurs fruchtbar gemacht werden.

#### „Postfaktizität“ als Deutungsrahmen

Der Homogenität der „großen Erzählung“ steht eine Heterogenität gegenüber, die sich auch in der Zahl der gefundenen relevanten Topics manifestiert. Diese Heterogenität ergibt sich aus der Tatsache, dass „Postfaktizität“ als Deutungsrahmen genutzt wurde. Die Funktion eines Deutungsrahmens ist es, bestimmte Informationen, Handlungen und Ereignisse im Lichte beziehungsweise im Referenzrahmen von etwas anderem zu verstehen, wodurch sie mit einer neuen Bedeutung aufgeladen werden.

Der Deutungsrahmen „Postfaktizität“ basiert auf der „großen Erzählung“ und deutet Phänomene, die nicht Teil der Erzählung sind, in ihrem Licht. Politikverdrossenheit, Vertrauensverlust, wachsender Populismus, Entfremdung – all dies sind Themen, die in den vergangenen Jahren nicht nur wissenschaftlich bearbeitet wurden, sondern auch Eingang in die öffentliche Debatte gefunden haben. Diese bekannten Phänomene werden neu gedeutet – und zwar als Symptome oder Aspekte der großen Erzählung „Postfaktizität“. Diese Deutung hebt gesellschaftspolitische Entwicklungen, die zuvor isoliert betrachtet wurden, auf eine neue Relevanzebene, weil sie nun Phänomene einer größeren, globalen Erzählung sind.

Aus der Binnenperspektive des Wissenschaftssystems sprechen zwei Argumente dafür, „Postfaktizität“ als Deutungsrahmen zu nutzen: *Erstens* resultieren daraus ein Aufmerksamkeitsgewinn in den Massenmedien und die Steigerung der gesellschaftspolitischen Relevanz der eigenen Arbeit. *Zweitens* spiegelt sich in den Diskussionen der vergangenen Jahre eine Sehnsucht nach der Einheit der gesellschaftstheoretischen Reflexion in Zeiten ihrer Hyperfragmentierung wider, wie sie in der bundesdeutschen Geschichte schon erfolgreich konstruiert wurde („Spätkapitalismus“, „Risikogesellschaft“).

Wichtig aus Sicht des Mediensystems ist, dass durch den Deutungsrahmen „Postfaktizität“ Komplexität reduziert werden kann. In Zeiten zunehmend kürzerer Aufmerksamkeitsspannen und des daraus resultierenden Bedarfs an Kontextualisierungen mit hohem Wiedererkennungswert entspricht diese Nutzung als Deutungsrahmen somit direkt den Funktionsimperativen des Mediensystems.

#### FAZIT

Die Bedeutung des Diskurses über „Postfaktizität“ in deutschsprachigen Zeitungen ist in den vergangenen Monaten deutlich zurückgegangen – zumindest quantitativ. Dass die Debatte fast ein Jahr lang geführt wurde, zeigt jedoch, wie tief greifend die kulturellen Irritationserfahrungen sind, die in diesem Diskurs öffentlich bearbeitet wurden. Dabei ist die Nutzung des Begriffs weder als „Hype“ noch als „belastbare Krisendiagnose“ zu deuten, sondern hat eher zu einer „neuen Normalität“ beigetragen

und sich selbst dadurch obsolet gemacht. Gerade diese Tatsache sollte uns in demokratiepolitischer Perspektive wachrütteln, denn das Empörungspotenzial, das der affektive Brennstoff der rationalen Debatte war, ist anscheinend im Prozess der Herstellung einer „neuen Normalität“ aufgebraucht worden. Damit kann der Diskurs über Postfaktizität eine wichtige Aufgabe nicht mehr erfüllen: Frühwarnsystem für gravierende demokratische Fehlentwicklungen zu sein.

Herzlichen Dank an Jennifer Franke für die qualitative Sichtung des Materials in Vorbereitung des Text-Mining und an Alexander Stulpe für eine kritische Durchsicht des Manuskripts und wichtige Anregungen zur Argumentationsstruktur.

**GARY S. SCHAAL**

ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
gschaal@hsu-hh.de

**DANNICA FLEUß**

ist promovierte Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
dannica.fleuss@hsu-hh.de

**SEBASTIAN DUMM**

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
sebastian.dumm@hsu-hh.de

# DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt  
zum E-Paper

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)  
Telefon 069-75014253



# MEHR ALS IMITATION

## Auch Autokraten lassen wählen

*Michael Krennerich*

2012, nach seiner dritten Wiederwahl, fragte der inzwischen verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez, wie Kommentatoren in Europa immer noch von einer Diktatur in seinem Land sprechen könnten. Tatsächlich hatten der linkspopulistische Autokrat und die ihn unterstützenden Wahlbewegungen zwischen 1998 und 2012 rund ein Dutzend Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie Volksabstimmungen gewonnen. Doch nicht jede Wahl ist demokratisch. Auch kann eine mehrheitlich gewählte Regierung gegen demokratische Prinzipien verstoßen, zumal dann, wenn die politische Macht – wie unter Chávez – in hohem Maße personalisiert ist und willkürlich ausgeübt wird.<sup>01</sup> Der 2013 offiziell mit knapper Mehrheit gewählte Nachfolger im Präsidentenamt Venezuelas, Nicolás Maduro, ließ – nach haushoch verlorenen Parlamentswahlen 2015 – sogar das Parlament entmachten und pries die nichtdemokratische Wahl einer regimetreuen „Verfassungsgebenden Versammlung“ im Juli 2017 als großen Erfolg. Auf der Straße eskalierte derweil die Gewalt.

Nicht nur in Demokratien wird gewählt, sondern auch in Autokratien.<sup>02</sup> Manche Wahlen unter autoritären Bedingungen werden unverblümt manipuliert und gefälscht, in anderen Ländern wird ein demokratischer Wahlwettbewerb vorgetäuscht. Der aserbaidjanische Präsident Ilham Aliyev bemüht sogar eigens Public-Relations-Agenturen, um seiner Herrschaft einen demokratischen Anschein zu verleihen. Andere Autokraten wiederum kritisieren „westliche“ Demokratievorstellungen und treten selbstbewusst für „illiberale“ oder „gelenkte Demokratien“ ein oder propagieren offen ihren autoritären Herrschaftsstil.<sup>03</sup> Die russische Regierung beispielsweise dient nicht nur als Vorbild für andere Autokraten, sondern betreibt auch eine aktive Politik der „Autokratieförderung“ im postsowjetischen Raum.<sup>04</sup>

### RÜCKBLICK

In den frühen 1970er Jahren – dem vorläufig letzten Höhepunkt autoritärer Herrschaft weltweit – war die Zahl demokratisch gewählter Parlamente und Regierungen überschaubar. Sie beschränkte sich auf westliche Industriestaaten sowie auf einige Länder des Globalen Südens wie etwa Costa Rica, Venezuela, Mauritius und Indien. Ein wesentliches Merkmal demokratisch regierter Staaten waren regelmäßige kompetitive Mehrparteienwahlen. Autokraten hingegen ließen für gewöhnlich nicht wählen oder sie hielten Wahlen ab, bei denen keine Parteien antraten oder nur eine Partei. Nur in wenigen autoritären Regimen waren Mehrparteienwahlen zugelassen – etwa in Mittelamerika oder in Brasilien zum Parlament. Echte Wahlfreiheit, die die Macht der Herrschenden infrage stellte, gab es aber nicht.<sup>05</sup>

Im Zuge der „dritten Demokratisierungswelle“, die Mitte der 1970er Jahre zunächst Südeuropa, später dann Lateinamerika und in den 1990er Jahren schließlich auch Osteuropa und andere Weltregionen erfasste, waren wiederum Mehrparteienwahlen das Gebot der Stunde. Selbst solche Oppositionsgruppen, die zuvor „bürgerliche“, westliche Wahlen abgelehnt hatten, forderten einen pluralistischen Wahlwettbewerb. Zugleich waren Wahlen fester und zunächst vorrangiger Bestandteil externer Demokratieförderung, die geradezu aufblühte. Zahlreiche nationale und internationale Organisationen widmeten sich vor allem ab den 1990er Jahren der Wahlberatung und -beobachtung, um die jeweiligen Staaten bei der Organisation und Abhaltung der Wahlen zu unterstützen.

Dadurch verfestigten sich internationale Standards für demokratische Wahlen. Gemessen an den Richtlinien für Wahlbeobachtung legen bezeichnenderweise heute die Afrikanische Union, die Organisation Amerikanischer Staaten und die Vereinten Nationen ähnliche Kriterien an Wah-

len an wie die Europäische Union, der Europarat oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wahlprobleme und Reformimpulse sind allerdings im Regionen- und Ländervergleich verschieden. Auch kommen die Wahlbeobachter bei der Beurteilung der Wahlen nicht immer zum gleichen Ergebnis. Der Graubereich zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Wahlen ist nicht immer leicht auszuleuchten. Gewiss ist aber: Nicht überall, wo in den vergangenen Jahrzehnten Mehrparteiwahlen stattfanden, genügten diese internationalen Standards und konnten autoritäre Strukturen überwunden werden.

Die Demokratisierungserfolge in Südeuropa, Lateinamerika, Ost(mittel)europa sowie in einzelnen Staaten anderer Weltregionen, etwa in der Republik Südafrika, waren mit großen Hoffnungen, aber auch mit Schwierigkeiten verbunden. Vielen Staaten, die im ausgehenden 20. Jahrhundert politische Öffnungs- oder Demokratisierungsprozesse durchliefen, fiel es anfänglich oder dauerhaft schwer, ihre autoritäre Erblast abzuschütteln und die Funktionsprobleme zu meistern, die die Bedeutung demokratischer Institutionen einschränkten. Es bürgerte sich ein, junge Demokratien, vor allem außerhalb Europas, als „defekt“ auszuweisen: weil der politische Wettbewerb verzerrt war, weil bürgerliche und politische Freiheiten eingeschränkt blieben, weil Gewaltbalance und Rechtsstaatlichkeit nur ungenügend funktionierten oder weil es Machtvor-

behalte, etwa in Gestalt des Militärs, gegenüber der gewählten Regierung gab.<sup>06</sup>

Trotz so manch unerwarteter Demokratisierung, wie etwa in der Mongolei,<sup>07</sup> sind inzwischen viele demokratische Hoffnungen enttäuscht worden. Dies hat nicht nur mit anhaltenden Funktionsproblemen bestehender junger Demokratien zu tun. Auch kam der Demokratisierungstrend in den 2000er Jahren zum Stocken. Vielerorts hatten autoritäre Regime Bestand, oder sie reetablierten sich nach einer Zeit des vorübergehenden Aufbruchs, wie etwa nach den arabischen Umbrüchen 2011 (mit der noch unsicheren Ausnahme Tunesiens). Stattdessen entstand ein autoritärer Gegentrend.<sup>08</sup> Das Wesen und die Strategien autoritärer Herrschaft hatten sich indes geändert. Vermehrt bildeten sich „Wahlautokratien“ heraus, die demokratische Praktiken imitierten.<sup>09</sup> Ihr Kennzeichen ist, dass das allgemeine Wahlrecht gewährt<sup>10</sup> und ein begrenzter politischer Wahlwettbewerb zugelassen wird. Doch sind die Wahlen nicht „frei und fair“. Der Wahlwettbewerb ist zugunsten der Amtsinhaber massiv verzerrt, und autokratische Herrschaftspraktiken schlagen auf den Wahlprozess durch. Vor allem aber steht – zumindest aus Sicht der Amtsinhaber – die politische Macht bei Wahlen nicht zur Disposition.

## LEGITIMATION DURCH WAHLEN

„¿Para qué sirven las elecciones?“ – „Wozu dienen Wahlen?“, lautet der spanische Titel einer in die Jahre gekommenen Studie über Wahlen in nichtdemokratischen Systemen.<sup>11</sup> Wahlen sind in Autokratien mehr als Dekoration;

**01** Vgl. Allan-Raondol Brewer Carías, *Dismantling Democracy in Venezuela – the Chávez Authoritarian Experiment*, Cambridge 2010; Javier Corrales, *Autocratic Legalism in Venezuela*, in: Larry Diamond/Marc F. Plattner/Christopher Walker (Hrsg.), *Authoritarianism Goes Global*, Baltimore 2016, S. 78–95.

**02** Unter Autokratien werden in der Transformationsforschung alle nichtdemokratischen (autoritären wie totalitären) Systeme gefasst.

**03** Vgl. etwa Marianne Kneuer/Thomas Demmelhuber, *Gravity Centres of Authoritarian Rule: A Conceptual Approach*, in: *Democratization* 5/2016, S. 775–796.

**04** Vgl. Antje Kästner, *Autokratieförderung*, in: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.), *Handbuch der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015, S. 493–498.

**05** Zu den Wahlen in verschiedenen Weltregionen im 20. Jahrhundert siehe Dieter Nohlen/Michael Krennerich/Bernhard Thibaut (Hrsg.), *Elections in Africa*, Oxford 1999; Dieter Nohlen/Florian Grotz/Christof Hartmann (Hrsg.), *Elections in Asia and the Pacific*, Oxford 2003; Dieter Nohlen (Hrsg.), *Elections in the Americas*, Oxford 2005; ders./Philip Stöver (Hrsg.), *Elections in Europe*, Baden-Baden 2010.

**06** Vgl. etwa Wolfgang Merkel et al. (Hrsg.), *Defekte Demokratie*, Bd. 2: *Regionalanalysen*, Wiesbaden 2006.

**07** Vgl. M. Steven Fish/Michael Seeberg, *The Secret Supports of Mongolian Democracy*, in: *Journal of Democracy* 1/2017, S. 129–143.

**08** Vgl. Diamond/Plattner/Walker (Anm. 1).

**09** Vgl. Andreas Schedler (Hrsg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder–London 2006; ders. (Hrsg.), *The Politics of Uncertainty. Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*, Oxford 2013.

**10** Zum allgemeinen Wahlrecht und seinen Einschränkungen auch in Demokratien vgl. Michael Krennerich, *Wahlen als Bürger- und Menschenrecht – Standards und Eigenarten*, in: *Zeitschrift für Menschenrechte* 1/2017, S. 107–130.

**11** Guy Hermet/Alain Rouquié/Juan Linz, *¿Para qué sirven las elecciones?*, Mexiko-Stadt 1986<sup>2</sup>.

sie lassen sich in dortige Herrschaftspraktiken einbinden und können Bestandteil eines *smart mix* aus Legitimation, Kooptation und Unterdrückung sein.<sup>12</sup>

Autokraten gründen zwar ihre Legitimation nicht allein auf Wahlen, sondern auch auf andere Quellen – etwa auf persönliches Charisma oder auf traditionelle oder religiöse Herrschaftsansprüche. Auch können sie sich beispielsweise als Garanten der nationalen Einheit und Sicherheit, des Wohles der Nation, des wirtschaftlichen Fortschritts oder revolutionärer Errungenschaften gerieren. Wahlen können sich in solche Legitimationsstrategien einfügen. Sie bieten findigen Autokraten die Gelegenheit, ihren Führungsanspruch eindrucksvoll zu unterstreichen. Mittels Wahlen können sie die Bevölkerung für die eigenen politischen Ziele mobilisieren und ihren – tatsächlichen oder vermeintlichen – Rückhalt in der Wählerschaft verdeutlichen. Die zahlreichen Wahlen unter Alexander Lukaschenko in Belarus und Chávez in Venezuela sind dafür gute Beispiele. Auch ergibt sich bei unfairen Wahlen die Möglichkeit, die Opposition als schwach darzustellen und zu diskreditieren. Im Unterschied zu Demokratien erstreckt sich die Legitimation der Wahlen in Autokratien gerade nicht auf die Opposition. Der Respekt, der beispielsweise in Großbritannien „Her majesty’s loyal opposition“ entgegengebracht wird, bleibt der Opposition in autoritären Regimen verwehrt.

Ob mit Wahlen auch ein außenpolitischer Legitimationsgewinn einhergeht, hängt davon ab, inwieweit sie international anerkannt werden. Eine unabhängige Wahlbeobachtung, die seit den 1990er Jahren weltweit stark an Bedeutung gewonnen hat, kann dabei eine wichtige und kritische Rolle spielen.<sup>13</sup> Nicht immer ist jedoch eine unabhängige Wahlbeobachtung möglich. Mitunter weigern sich internationale Organisationen, Beobachterteams zu entsenden, weil sie die Wahlbedingungen von vornherein als völlig inakzeptabel erachten. Oder aber Autokraten lassen keine unabhängige Wahlbeobachtung zu bezie-

hungsweise versuchen, sie zu beeinflussen oder zu behindern. Mitunter laden sie auch gezielt Wahlbeobachtergruppen aus befreundeten Staaten ein und gründen angeblich unabhängige Organisationen, die ein gefälliges Bild von den Wahlen zeichnen. Für Aserbaidschan, Venezuela und Zimbabwe sind solche Praktiken gut belegt.<sup>14</sup>

Für die außenpolitische Legitimation entscheidend ist, welche Beurteilung der Wahlen sich durchsetzt. Ein Beispiel: Die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Uganda 2016 wurden von Wahlbeobachtermissionen der Europäischen Union und des Commonwealth deutlich kritisiert. Die Kritik der Afrikanischen Union war bereits verhaltener. Kaum Versäumnisse erkennen konnten hingegen Wahlbeobachter einiger Regionalorganisationen wie der East African Community. Noch deutlicher klaffen die Bewertungen der Wahlen im postsowjetischen Raum durch die OSZE und Wahlbeobachterteams aus Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auseinander.

## KOOPTATION DURCH WAHLEN

Über ihre mögliche Legitimationsfunktion hinaus können die Wahlen auch in Kooptationsstrategien eingebunden sein, von denen Unterstützergruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Die politische Besetzung von Ämtern und ihre Austauschbarkeit bei oder nach Wahlen sorgen tendenziell für regimetreues Verhalten zumindest derjenigen Personen, die davon profitieren oder zu profitieren hoffen. Zudem neigen gerade in Ländern mit ausgeprägten klientelistischen Strukturen viele Wähler und Wählerinnen dazu, die Amtsinhaber zu unterstützen.<sup>15</sup> Auch bieten Wahlen die Möglichkeit zu Umbauten im autoritären Machtapparat, die ihrerseits zur Systemstabilisierung beitragen können. Mittels Wahlen können die jeweiligen Machthaber – anhand von Wahlkampfverhalten, Wahlteilnahme und Stimmenpräferenzen – die Wirksamkeit ihres Kon-

**12** Einen Versuch, mithilfe von Legitimation, Kooptation und Repression die Stabilität autoritärer Regime zu erklären, unternimmt Johannes Gerschewski, *The Three Pillars of Stability: Legitimation, Repression, and Cooptation in Autocratic Regimes*, in: *Democratization* 1/2013, S. 13–38.

**13** Vgl. etwa die Wahlbeobachterberichte des Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der OSZE unter [www.osce.org/odihr/elections](http://www.osce.org/odihr/elections).

**14** Vgl. Patrick Merloe, *Election Monitoring vs. Disinformation*, in: *Journal of Democracy* 3/2015, S. 79–93; Alexander Cooley, *Countering Democratic Norms*, in: *Journal of Democracy* 3/2015, S. 49–63.

**15** Vgl. auch Jennifer Gandhi/Ellen Lust-Okar, *Elections under Authoritarianism*, in: *Annual Review of Political Science* 12/2009, S. 403–422, hier S. 412.

trollapparats überprüfen, Schwachpunkte in den eigenen Reihen aufdecken und zugleich das oppositionelle Spektrum ausleuchten.

Kooptieren lassen sich gegebenenfalls auch (gemäßigte) Teile der Opposition, während Oppositionsgruppen, die der Regierung gefährlich werden können, oft ausgegrenzt oder verfolgt werden: *Divide et impera* – teile und herrsche – heißt die altbekannte Devise. Autokraten können der Opposition so zugleich die Grenzen dessen aufzeigen, was sie noch zu dulden bereit sind. Dies kann bis zur Tabuisierung bestimmter Parteien, Kandidaten und Themen bei Wahlen führen und einen Anpassungsdruck auf diejenigen Oppositionsparteien ausüben, die in dem engen legalen institutionellen Rahmen agieren wollen. Oppositionsgruppen müssen sich daher stets entscheiden, ob sie sich auf einen unfairen Wahlwettbewerb einlassen wollen oder den Wahlen fernbleiben, um ihnen keine Legitimation zu verleihen – so geschehen bei den Wahlen in Venezuela 2017.

## WAHLMANIPULATION

Autokraten nutzen vielfältige Praktiken der Wahlmanipulation, um sicherzustellen, dass ihre politische Macht durch Mehrparteienwahlen nicht ernsthaft gefährdet wird.<sup>16</sup> Dabei gilt es, nicht nur den Wahltag in den Blick zu nehmen, sondern den gesamten Wahlprozess sowie den übergeordneten Wahlkontext.

In einigen Ländern werden von vornherein nur Mandate für nachgeordnete politische Ämter vergeben, während die eigentlichen Machtzentren vom Wahlergebnis unberührt bleiben. Besonders deutlich ist dies etwa im Königreich Saudi-Arabien, wo Männer zwar seit 2005 und Frauen seit 2015 über das Wahlrecht verfügen – aber nur für Gemeinderatswahlen. Selbst dort, wo gewählte nationale Parlamente bestehen, kann deren politische Macht, wie etwa in der Monarchie Marokkos, gering sein. Gelegentlich behalten sich Autokraten auch vor, einen Teil der Mandate im Abgeordnetenhaus ohne Wahlen zu besetzen, so etwa in Äquatorialguinea.

Häufig werden Regimekritiker von einer Wahlteilnahme abgehalten. Dies kann im Extremfall gewaltsam erfolgen. Immer wieder kommt es

zu Morden an politischen Oppositionellen. Meist reicht aber der legale Weg: Mittels einer Verschärfung des passiven Wahlrechts hat beispielsweise der 1991 demokratisch gewählte Präsident Sambia Frederick Chiluba seinen ärgsten Widersacher bei den nachfolgenden Wahlen ausgeschlossen. Oft werden auch Strafverfahren (wegen angeblicher Steuerhinterziehung und dergleichen) gegen Oppositionelle eingeleitet, die deren Kandidatur verhindern. Oder es wird versucht, die Opposition zu spalten oder zu unterwandern, wie dies etwa bei den jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua 2016 dem langjährigen Präsidenten Daniel Ortega – einst ein Linksrevolutionär, heute ein Autokrat alten Stils – gelang.<sup>17</sup>

Unter autoritären Bedingungen sind zudem die politischen Wettbewerbsbedingungen bei Wahlen massiv verzerrt. Es besteht, wie die Briten sagen, kein *level playing field*, so als spielte beim Rugby eine Mannschaft bergab, die andere bergauf. Oppositionelle werden verfolgt, eingeschüchtert oder auch nur mittels bürokratischer Auflagen gehindert, für ihre politischen Positionen effektiv zu werben. Die geringe Sichtbarkeit der Opposition kontrastiert für gewöhnlich stark mit der allgegenwärtigen Präsenz der Amtsinhaber in der Öffentlichkeit und den Medien, die sie kontrollieren. Typischerweise nutzen Machthaber in Autokratien unverblümt staatliche Ressourcen zu Wahlkampfzwecken.

Vor oder bei der Stimmabgabe kann schließlich Druck auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa auf staatliche Bedienstete und Militär-angehörige, ausgeübt werden, die Regimepartei zu wählen. Am Wahltag selbst gehören dann das mehrfache Wählen seitens ein- und derselben Personen (*multiple voting*), der Stimmenkauf (*vote buying*), das Auffüllen der Wahlurnen mit unrechtmäßig ausgefüllten Stimmzetteln (*ballot box stuffing*) und der Wahlbetrug bei der Stimmauszählung und bei der Weiterleitung von Wahlergebnissen zu übergeordneten Wahlbehörden zu schwerwiegenden Wahlvergehen. Solche Praktiken kommen in autoritären Regimen teils im großen Stil vor, sind aber auch den Wahlprozessen in jungen Demokratien nicht völlig fremd, wie Wahlbeobachterberichte zeigen.

<sup>16</sup> Vgl. auch Andreas Schedler, *The Menu of Manipulation*, in: *Journal of Democracy* 2/2002, S. 36–50.

<sup>17</sup> Vgl. Kai M. Thaler, *Nicaragua: A Return to Caudillismo*, in: *Journal of Democracy* 2/2017, S. 157–169.

## WAHLEN ALS RISIKO

Trotz aller Kontrolle bergen Mehrparteienwahlen ein gewisses Risiko für Autokraten, da der damit verbundene Wahlwettbewerb doch in beschränktem Maße Räume für politischen Dissens eröffnet und eine Eigendynamik auslösen kann. Bruchstellen ergeben sich beispielsweise dann, wenn die autoritären Machthaber ihren Rückhalt in der Bevölkerung überschätzen oder ihre Fähigkeit, den Wahlprozess hinreichend zu kontrollieren. Bestenfalls können oppositionelle Gruppen – zumal, wenn sie vereint auftreten – die Wahlen nutzen, um sich als Regimealternativen anzubieten.

Vereinzelt gelingt es der Opposition, auch in autoritären oder semiautoritären Kontexten Volksabstimmungen und Wahlen zu gewinnen – und die Amtsinhaber akzeptieren, sei es auf inneren oder äußeren Druck, sogar das Ergebnis. Beispiele für solche „öffnende“ Abstimmungen und Wahlen gibt es immer wieder, so etwa das Plebiszit über eine weitere Amtszeit von Augusto Pinochet in Chile 1988 oder die Wahlen 1990 in Nicaragua, die bis dahin die am besten beobachteten Wahlen in einem souveränen Staat waren.<sup>18</sup> Meist greifen aber Autokraten auf Wahlbetrug zurück, um eine Wahlniederlage zu vermeiden oder eine eindrucksvolle Stimmenmehrheit zu schaffen. Allzu unverblümter Wahlbetrug kann jedoch Anlass für Massenproteste sein. Darüber stürzten die Regierungen in Georgien 2003, der Ukraine 2004 und Kirgisistan 2005. In Belarus hingegen wurden Wahlproteste gewaltsam unterdrückt, besonders brutal nach den Präsidentschaftswahlen von 2010.<sup>19</sup>

Nicht immer bergen Mehrparteienwahlen eine Gefahr für die Machthaber. Ein extremes Beispiel sind die direkt gewählten Präsidenten in den postsowjetischen Autokratien Zentralasiens, die vielen Wählern als Garanten der Stabilität gelten und Ergebnisse wie zu Sowjetzeiten erzielen: Die seit vielen Jahren amtierenden Präsidenten von Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan sowie der 2016 verstorbene Präsident Usbekistans gewannen ihre letzten Wah-

len mit Mehrheiten zwischen knapp 90 und fast 100 Prozent. Konkurrierende Bewerber um das Präsidentenamt sind dort reine „Zählkandidaten“, und die wenigen Oppositionsparteien im Parlament imitieren eher parlamentarischen Pluralismus, als dass sie Oppositionsarbeit betreiben. Auch ist den Präsidenten dort inzwischen die unbeschränkte Wiederwahl erlaubt. In Turkmenistan ernannte das Parlament 1999 sogar den damaligen Präsidenten – fast schon „in nordkoreanischer Weise“<sup>20</sup> – gleich auf Lebenszeit. Diese endete jedoch bereits 2006.

## WIEDERWAHLVERBOTE

Eine Begrenzung der Amtszeit gewählter Präsidenten, beispielsweise auf zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden, ist in vielen Staaten verfassungsrechtlich vorgeschrieben. Sie dient nicht zuletzt der Vorbeugung von Langzeitdiktaturen. Werden solche Amtszeitbeschränkungen aufgehoben oder umgangen, gibt dies meist Anlass zur Sorge vor einem Weg in den Autoritarismus. Deutlich erkennbar war dies im Fall des belarussischen Präsidenten Lukaschenko, der 2004 die verfassungsgemäße Beschränkung von zwei aufeinanderfolgenden Regierungsperioden aufheben ließ und 2015 inzwischen zum fünften Mal infolge gewählt wurde.

In Venezuela ermöglichte ein Verfassungsreferendum 2009 im zweiten Anlauf eine unbegrenzte Wiederwahl von Chávez, der insgesamt viermal siegreich aus Präsidentschaftswahlen hervorging. Ihm machte es Ortega in Nicaragua nach, der während des sandinistischen Revolutionsregimes bereits zwischen 1985 und 1990 das Präsidentenamt innehatte. Nach seiner Wahl 2006 konnte er 2011 und 2016 wiedergewählt werden. Zuvor hatte er erfolgreich vor dem Obersten Gerichtshof gegen das unmittelbare Wiederwahlverbot geklagt und per Verfassungsreform 2014 schließlich die unbeschränkte Wiederwahl durchgesetzt.<sup>21</sup> Beide Präsidenten pfleg(t)en zweifelsohne einen autokratischen Herrschaftsstil.

<sup>18</sup> Vgl. Dieter Nohlen, *Wahlrecht und Parteiensystem*, Opladen 2014<sup>7</sup>, S. 39.

<sup>19</sup> Vgl. Legal Transformation Center, *Afterword ... Square 2010 through the Eyes of Belarusian Human Rights Defenders*, Minsk 2012.

<sup>20</sup> Christof Hartmann, *Amtszeitbeschränkungen, Machtwechsel und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*, in: Gert Pickel/Susanne Pickel (Hrsg.), *Demokratisierung im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2006, S. 237–250, hier S. 246.

<sup>21</sup> Vgl. Detlef Nolte, *Lateinamerika. Flexible Verfassungen und starre Machtstrukturen*, German Institute of Global and Area Studies, GIGA Focus 8/2015.

Auch in anderen Weltregionen sind Wiederwahlverbote bei Amtsinhabern unbeliebt. In Zentralafrika beispielsweise bestreiten die gewählten Präsidenten in Burundi, Ruanda und Uganda bereits ihre dritte beziehungsweise fünfte Amtszeit. Entsprechende Amtszeitbeschränkungen wurden dort aufgehoben oder, wie in Burundi, trotz Protesten der Opposition ignoriert. In der Demokratischen Republik Kongo verschob Präsident Joseph Kabila unter dem Vorwand der schwierigen Wählerregistrierung auf unbestimmte Zeit die Wahlen, bei denen er laut Verfassung nicht mehr antreten dürfte. Allein in Burkina Faso verhinderten Massenproteste 2014 die Versuche des langjährigen Präsidenten Blaise Compaoré, sich per Verfassungsreform eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Dort wurde 2015 mit Roch Marc Kaboré ein neuer Präsident gewählt.

## AUSBLICK

Die liberale Demokratie ist unter Druck geraten. Die demokratische Aufbruchstimmung, die das ausgehende 20. Jahrhundert geprägt hatte, ist vielerorts verschwunden. Selbstbewusste Autokraten werben offensiv für illiberale Herrschaftspraktiken. Mit dem Versprechen, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, gewinnen sie von ihnen kontrollierte Wahlen und nutzen diese zum Zweck der eigenen Herrschaftssicherung. Selbst in Staaten, in denen sich die Demokratie gefestigt zu haben schien, wie Ungarn und Polen, ist diese inzwischen wieder gefährdet. Mit der Unterstützung eines beachtlichen Teils der Bevölkerung – aber gegen die Proteste eines anderen – unterlaufen demokratisch gewählte Regierungen die Gewaltenteilung und kontrollieren die Medien. In den USA wiederum halten demokratische Institutionen und Gegenkräfte mühsam den „instinktgetriebenen Autokraten“<sup>22</sup> Donald Trump in Schach.

Angesichts des Wahlsiegs von Populisten und Autokraten, die demokratische Errungenschaften abbauen, und von gewählten Parlamenten, die zum willfährigen Handlanger undemokratischer Regierungen werden, ist die altbekannte Frage

wieder aktuell geworden, ob sich die Demokratie mittels Wahlen selbst abschaffen kann. Entschieden ist diese Frage in der Russischen Föderation und der Türkei, in denen die Präsidenten Vladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan zwar auf ihre Legitimation durch Wahlen verweisen, aber ihre Länder inzwischen autokratisch regieren. Der im März 2016 gewählte philippinische Präsident Rodrigo Duterte, der brutal gegen Drogenkriminalität vorgeht, beschreitet ebenfalls den Weg in den Autoritarismus. Auch dort verfiel bei Wählerinnen und Wählern das Versprechen auf Sicherheit und Ordnung.<sup>23</sup>

Für Regierungen in liberalen Demokratien ist es ein schwieriges Unterfangen, mit gewählten Autokraten umzugehen. Gemeinhin unterdrücken diese nicht nur die Opposition im Land, sondern verbitten sich auch jegliche „Einmischung von außen“. Auch sparen Autokraten ihrerseits nicht mit Kritik an der liberalen Demokratie. Um sich gegen solche „Gegendiskurse“ zu wappnen und glaubhaft für die Demokratie einzutreten, müssen hiesige Regierungen und Wähler besonders sorgsam demokratische Prinzipien achten – und populistischen und autokratischen Tendenzen im eigenen Land entschieden entgegen treten. Den Systemvergleich mit Autokratien brauchen Staaten mit verantwortungsvollen Regierungen, starken demokratischen Institutionen und einer wachen Zivilgesellschaft nicht zu scheuen.

## MICHAEL KRENNERICH

ist habilitierter Hochschullehrer am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg und leitender Herausgeber der „Zeitschrift für Menschenrechte“ (zfmr). Er ist regelmäßig für den Europarat als Wahl-  
experte tätig.

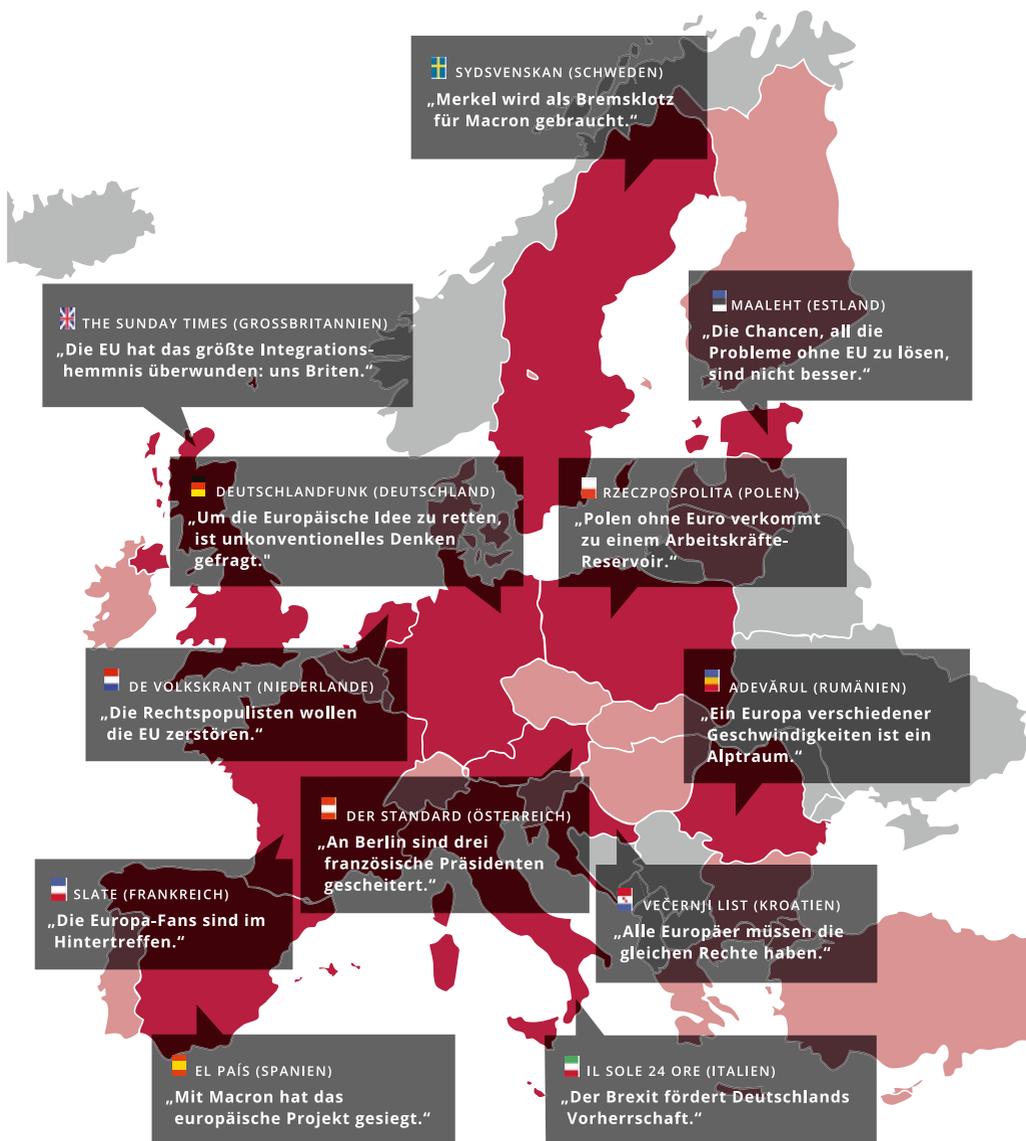
michael.krennerich@fau.de

<sup>22</sup> Yascha Mounk, Donald Trump. Ein instinktgetriebener Autokrat, 3.8.2017, [www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/donald-trump-autokrat-roboter-mueller-jeff-sessions](http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-08/donald-trump-autokrat-roboter-mueller-jeff-sessions).

<sup>23</sup> Vgl. Thomas Pepinsky, Southeast Asia: Voting against Disorder, in: *Journal of Democracy* 2/2017, S. 120–131.

# euro|topics

Europas Presse kommentiert



# Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format  
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Oktober 2017

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Christina Lotter (Volontärin)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
46–47/2017, 13. November 2017

## DARKNET

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte  
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;  
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter  
einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine  
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)